

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
vom 28. Januar bis 1. Februar 1980 in Straßburg**

Während der Januartagung (Dritter Teil der 31. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit.

— **Bericht des Ministerkomitees**

Hierzu sprach Abg. Büchner (Speyer) (S. 5)

— **Politische Fragen** (Antrag für eine Direktive betr. Einladung eines Vertreters der PLO; die allgemeine Politik des Europarates im Hinblick auf die Afghanistankrise und ihre Auswirkungen; die Lage im Nahen Osten; die Menschenrechte in Lateinamerika)

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 12) Dr. Geßner (S. 13; 15), Dr. Vohrer (S. 15), Mattick (S. 15), Dr. Enders (S. 13) und Frau von Bothmer (S. 15)

Beschlüsse der Versammlung

Entschluß 889 betr. die Afghanistankrise (S. 16)

Entschließung 718 betr. die Verhaftung und Verbannung von Dr. Andrei Sacharow (S. 17)

Entschließung 719 betr. die Olympischen Spiele in Moskau (S. 17)

Entschließung 722 und Direktive 390 betr. die Menschenrechte in Lateinamerika

- **Wanderarbeitnehmer, Flüchtlinge und Demographie** (Aufgaben des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 887 betr. Aufgaben des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung

- **Landwirtschaft** (Die landwirtschaftlichen Aspekte der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft)

Hierzu sprach Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (S. 5)

Beschluß der Versammlung:

Entschließung 714 betr. die landwirtschaftlichen Aspekte der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften (S. 7)

- **Raumordnung und Gemeinden** (Die Beschlüsse der 14. Tagung der Konferenz der Kommunal- und Regionalbehörden Europas; die Dritte Europäische Ministerkonferenz über den Umweltschutz)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 8; 9) und Dr. Müller (S. 8)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 97 betr. die Beschlüsse der 14. Tagung der Konferenz der Kommunal- und Regionalbehörden Europas

Empfehlung 888 betr. die Dritte Europäische Ministerkonferenz über den Umweltschutz (S. 10)

- **Wirtschaft und Entwicklung** (18. und 19. Jahresbericht der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die Bewertung der Auswirkungen von bestimmten Anreizen für Privatunternehmen und Gesellschaften auf die Produktivität und den Lebensstandard; die Auswirkungen einer intensiven Verwendung von Mikroprozessoren auf die Beschäftigungslage) Hierzu sprach Abg. Dr. Vohrer (S. 11)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 715 betr. den 18. und 19. Jahresbericht der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)

Entschließung 716 betr. die Bewertung der Auswirkungen von bestimmten Anreizen für Privatunternehmen und Gesellschaften auf die Produktivität und den Lebensstandard

Entschließung 717 betr. die Auswirkungen einer intensiven Verwendung von Mikroprozessoren auf die Beschäftigungslage (S. 11)

- **Wissenschaft und Technologie** (Die Sicherheit und die wirtschaftlichen Aspekte des Schnellen Brüters – Öffentliches parlamentarisches Hearing, Brüssel, 18. – 19. Dezember 1979; Datenverarbeitung und der Schutz der Menschenrechte)

Hierzu sprachen die Abg. Lenzer (S. 23; 27), Dr. Vohrer (S. 26) und Flämig (S. 27)

Beschlüsse der Versammlung:

Entschließung 720 betr. die Sicherheit und die wirtschaftlichen Aspekte des Schnellen Brüters (S. 29)

Entschließung 721 betr. Datenverarbeitung und den Schutz der Menschenrechte

- **Geschäftsordnung** (Öffentlicher Zugang zu Sitzungen und Dokumenten der Ausschüsse der Versammlung – Art. 45 der Geschäftsordnung; die Veröffentlichung von Reden, die aus Zeitmangel nicht gehalten wurden – Art. 22 der Geschäftsordnung)

Beschlüsse der Versammlung:

Entschließung 723 betr. Öffentlicher Zugang zu Sitzungen und Dokumenten der Ausschüsse der Versammlung

Entschließung 724 betr. die Veröffentlichung von Reden, die aus Zeitmangel nicht gehalten wurden

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Versammlung wählte den italienischen Abg. Petrilli zum Vizepräsidenten.

Zu Mitgliedern des Europäischen Gerichtshofs für die Menschenrechte wurden Frau Bindschedler-Robert (Schweiz), Herr Walsh (Irland), Herr Vilhjalmusson (Irland) und Herr Pettiti (Frankreich) gewählt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der portugiesische Außenminister Diego Freitas do Amaral, vor.

Der Ausschuß für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit wählte folgende Beschlußtexte der Versammlung zur besonderen Kenntnissgabe an die Parlamente der Mitgliedsländer aus: Empfehlung 888 betr. die Dritte Europäische Ministerkonferenz über den Umweltschutz (S. 10), Entschließung 721 betr. Datenverarbeitung und den Schutz der Menschenrechte Empfehlung 889 betr. die Afghanistankrise (S. 16), Entschließung 718 betr. die Verhaftung und Verbannung von Dr. Andrei Sacharow (S. 17) und Entschließung 719 betr. die Olympischen Spiele in Moskau (S. 17).

Zur Versammlung sprachen der schwedische Handelsminister und Vorsitzende des EFTA-Rats, S. Burenstam-Linder, der Stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister von Syrien, A. H. Khaddam (S. 17), und der jordanische Außenminister, M. Kasim (S. 21).

Den Beratungen der Versammlung über EFTA-Fragen wohnte eine Delegation finnischer Parlamentarier bei.

Bonn, den 15. Februar 1980

Gerhard Reddemann, MdB

Sprecher

Dr. Manfred Geßner, MdB

Stellvertretender Sprecher

Montag, 28. Januar 1980

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 4476)

Berichterstatter: Abg. Aasen

Tagesordnungspunkt:

Antrag für eine Direktive betr. Einladung eines Vertreters der PLO

(Drucksache 4465)

(Verweisung an den Ständigen Ausschuß)

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4462)

Berichterstatter:

Außenminister Diego Freitas do Amaral (Portugal)

Abg. Büchner (Speyer) (SPD) stellte schriftlich die Frage, (a) ob die geplante **Europäische Dreierkonferenz über Beschäftigungsfragen** noch im Jahre 1980 stattfinden werde, (b) in welcher Form die Parlamentarische Versammlung daran beteiligt werde, (c) und ob das Ministerkomitee den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unter den nichtstaatlichen Organisationen einen besonderen Status einräume.

Außenminister **Diego Freitas do Amaral** antwortete, die Konferenz sei für Ende 1980 in Oslo geplant. Über die Beteiligung der Parlamentarischen Versammlung werde das Ministerkomitee beraten, sobald der Bericht des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz vorliege. Hinsichtlich der Frage des Status der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter werde sich auch das Ministerkomitee in seiner Antwort auf die Empfehlung 805 der Versammlung äußern.

Außenminister **Diego Freitas do Amaral** antwortete, die Konferenz sei für Ende 1980 in Oslo geplant. Über die Beteiligung der Parlamentarischen Versammlung werde das Ministerkomitee beraten, sobald der Bericht des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz vorliege. Hinsichtlich der Frage des Status der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter werde sich das Ministerkomitee in seiner Antwort auf die Empfehlung 805 der Versammlung äußern.

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Minister, ich bin dankbar für die Antwort.

Ich frage Sie, ob Sie bei den Beratungen, die Sie im Ministerkomitee über den endgültigen Termin angekündigt haben, – nachdem Sie die Berichte der beiden Expertenausschüsse vorliegen haben –, bitte berücksichtigen wollen, daß dies nun schon ein zweiter Anlauf zu einer solchen Konferenz ist, daß viele Fragen diesbezüglich schon einmal vorberaten worden sind und daß die Parlamentarische Versammlung und der Ausschuß für Soziales und Gesundheit großes Interesse daran haben, daß diese Konferenz baldmöglichst stattfindet, besonders angesichts der drängenden sozialen Fragen in Europa, angesichts von mehr als 6 Millionen Arbeitslosen, der schwierigen sozialen Situation der Wanderarbeiter und anderer Fragen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darauf drängten, daß der Termin noch in diesem Jahr ist.

*Eine weitere schriftliche Frage des Abg. **Büchner (Speyer)** richtete sich auf die Stellungnahme des Ministerkomitees zur Empfehlung 839 der Versammlung betr. die Verwirklichung und Revision der Europäischen Sozialcharta.*

*Außenminister **Diego Freitas do Amaral** antwortete, die zuständigen Ausschüsse hätten bereits ihre Stellungnahmen fertiggestellt und in Kürze sei mit der formellen Antwort des Ministerkomitees zu rechnen.*

Tagesordnungspunkt:

Aufgaben des Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Überbevölkerung

(Drucksache 4456)

Berichterstatter: Abg. Dejardin

Dienstag, 29. Januar 1980

Tagesordnungspunkt:

Die landwirtschaftlichen Aspekte der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften

(Drucksache 4467, 4474)

Berichterstatter: Abg. Calatayud und Schlingemann

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie auch mich als ersten Diskussionsredner aus dem Plenum die Enttäuschung und die Verärgerung ausdrücken, die zumindest diejenigen, die sich mit diesem Bericht befaßt haben, angesichts der Absage des EG-Kommissars Gundelach erfüllt. Diese Absage kommt, glaube ich, einem

Affront gegen diese Versammlung nahe. Diese Absage zeigt mangelndes Verständnis und mangelndes Interesse für dieses größere Europa, das wir hier vertreten. Diese Absage beweist ein apolitisches, ein nur noch technokratisches, ein nur noch administratives Verständnis von Europa, wie es uns eben in den Glasbauten von Brüssel begegnet. Es zeigt gleichzeitig auch, wohin es führt, wenn eine Administration so lange praktisch ohne eine unmittelbare parlamentarische Kontrolle ist. Dann entsteht nämlich ein besonderes Selbstbewußtsein, ein ungerechtfertigtes Selbstbewußtsein gegenüber den gewählten parlamentarischen Vertretern.

Herr Präsident, ich bin mir durchaus darüber klar, daß dies eine harte Kritik ist. Aber ich glaube, diese Kritik muß hart sein, um anzukommen. Denn dieses auf die Probleme von 9 oder 12 Ländern beschränkte Interesse an Europa können wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen.

Ich möchte den Berichterstatter, den Kollegen Calatayud und Schlingemann, sehr herzlich zu ihrem vorzüglichen Bericht gratulieren. Wer das Entstehen dieses Berichts erlebt hat und ihn jetzt vor sich sieht, weiß, welche Arbeit dahintersteckt, diese vielfältig verwobenen Probleme der einzelnen Länder darzustellen, wie schwierig es auch schon war, das statistische Material zu erhalten, das erforderlich war, um diese Betrachtungen anfügen zu können.

Viele Probleme werden in dem Bericht dargestellt, und dennoch ist der Bericht an mehreren Stellen so ehrlich, zu sagen: man kann nicht alle Probleme darstellen, eine ganze Reihe von Problemen müssen wir auch unerörtert lassen. Das ist richtig.

Ein besonderes Gewicht legt der Bericht natürlich auf die **Marktprobleme**, auf die Marktverschiebungen, die bei den einzelnen Produkten eintreten. Wenn man als deutscher Sprecher hier das Wort nimmt, muß man zugeben, daß jedenfalls für die Bundesrepublik Deutschland die unmittelbaren Marktprobleme nicht die hervorstechenden Probleme sind. Möglicherweise hat die Bundesrepublik Deutschland sogar, was den eigentlichen Markt angeht, relativ wenig negative Entwicklungen hinzunehmen, obwohl natürlich durch den Beitritt dieser drei südlichen Länder auch unsere Obst- und Gemüsebauern, unsere Zierblumenzüchter – diese ganzen Spezialkulturen und -erwerbszweige – in Schwierigkeiten kommen werden können.

Für uns ist die Wirkung auf die allgemeine Agrarstruktur der Gemeinschaft bedeutsamer. Wir müssen feststellen, daß sich durch den Beitritt dieser drei Länder die durchschnittliche Betriebsgröße mindert. Die Überschußprobleme werden größer, und die Ansprüche an den **Ausgleichs- und Garantiefonds**, also die finanziellen Ansprüche, werden höher werden. Wir sehen auch die **Währungsprobleme**, die sich ergeben. Wir sehen die Notwendigkeit, in den beitretenden Ländern das **Genossenschaftswesen** stärker zu entwickeln, und wir sehen vor allen Dingen auch die Schwierigkeiten, die sich durch die künftige **Freizügigkeit von Arbeitskräften** auch für die Bundesrepublik Deutschland ergeben.

Aber wir sind ohne jeden Vorbehalt für den Beitritt der drei Länder, weil der Vertrag von Rom nur ein Anfang sein sollte und nicht nur ein Anfang bleiben darf. In Art. 237 ist festgelegt, daß weitere Länder ihren Antrag auf Aufnahme in die EG stellen können. Die Präambel sagt, daß der Vertrag von Rom nur ein Fundament ist, auf dem die engere Gemeinschaft aller Völker Europas zu deren wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt aufgebaut werden muß. Wenn wir den Vertrag von Rom ernstnehmen, dann dürfen wir ihn nicht nur in seinen einzelnen technischen Bestimmungen ernst nehmen, sondern dann müssen wir gerade diese Grundlage, die Präambel des Vertrages von Rom ernst nehmen, die eine Erweiterung der Gemeinschaft vorgibt. Wenn wir sie ernst nehmen, dann dürfen wir jetzt nicht nach kleinlicher kaufmännischer Art die Vorteile herauf- und herunterrechnen und dann vielleicht zu einem negativen Schluß kommen.

Wenn wir dieses Ziel des Römischen Vertrages erreichen wollen, kostet das erhebliche Anstrengungen und erhebliche Aufwendungen. Das bewußte **Nord-Süd-Gefälle**, das wir heute innerhalb Europas feststellen, ist letztlich ein Gefälle zwischen den vorwiegend industriell bestimmten Staaten der nördlichen Regionen und den mehr landwirtschaftlich bestimmten Staaten der südlichen Regionen. Wenn wir Europa in Richtung auf gleiche Lebensverhältnisse sowie gleiche Wirtschafts- und Sozialstrukturen und Leistungen entwickeln wollen, dann kostet das wirtschaftliche Leistungen. Diese wirtschaftlichen Leistungen können nicht die südlichen Staaten erbringen, sondern die Leistungen müssen per saldo und über alles letztlich die industriebestimmten nördlichen Staaten erbringen. Ich meine, man sollte als Deutscher aussprechen, daß das einfach eine Wahrheit ist. Wenn wir den Vertrag entwickeln wollen, dann wird das diesen nördlichen Industriestaaten und deswegen auch der Bundesrepublik Deutschland Geld kosten. Obwohl dies so ist, stehen wir zu dem Vertrag von Rom und deshalb voll hinter dem Beitritt dieser drei Länder.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch zwei Probleme ansprechen. Das eine Problem ist die Frage der **Übergangszeit**. Es lassen sich natürlich gute Gründe dafür anführen, Übergangszeiten zu verlängern. Es lassen sich auch Gründe dafür anführen, Übergangszeiten sogar offenzulassen, wie das vielfach gewünscht worden ist. Aber ich meine, daß hier eine große Gefahr lauert. Wenn wir dazu übergangen, Länder in die EG aufzunehmen, ohne Übergangszeiten festzuschreiben, dann wäre das nur eine halbe Aufnahme. Was immer geschieht, ich glaube, die Verhandlungen müssen ergeben, daß zeitlich genau bestimmte Übergangszeiten vereinbart werden.

Das zweite Problem ist die auch im Bericht angesprochene Frage, wie sich denn der Beitritt nach dieser Zeit auf die übrigen Länder des Mittelmeerraumes auswirken wird, vor allem auf die **Türkei**, aber natürlich auch auf Zypern und Malta und auch auf Israel. Wir erleben ja gerade in der außenpolitischen Entwicklung in diesen Tagen, wie sehr wir auf den Zusammenhalt Europas und auch auf eine starke Türkei angewiesen sind. Deswegen müssen

wir bei dem Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal von vornherein die Interessen der Türkei berücksichtigen.

Aus all diesen Gründen und auch wegen der übrigen Mittelmeerländer ist dieser Beitritt eine Herausforderung für Europa, aber eine Herausforderung nicht nur für die neun oder für die zwölf europäischen Staaten, sondern für alle 21 Staaten, die in dieser Versammlung vertreten sind, und auch für solche europäischen Staaten, die hoffentlich noch zu uns kommen werden.

Entschliebung 714 (1980)

betr. die landwirtschaftlichen Aspekte der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften

Die Versammlung

1. stellt mit Genugtuung den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1981 fest und ist der Ansicht, daß der Beitritt von Spanien und Portugal, dessen Modalitäten augenblicklich Gegenstand von Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien sind, zu Recht als ein politischer Tatbestand angesehen werden kann;
2. ist sich der politischen Entschlossenheit bewußt, die den Beitrittsgesuchen der drei Länder sowie den positiven Reaktionen auf diese Gesuche zugrundeliegt und die dem Wunsch entspricht, einen engeren Zusammenschluß zwischen den europäischen Völkern zu verwirklichen;
3. ist der Auffassung, daß die drei Länder ähnliche wirtschaftliche und soziale Merkmale aufweisen und daß ihre Integration in die Europäischen Gemeinschaften Änderungen in den Strukturen der Gemeinschaft wie auch in den Beziehungen der Gemeinschaften zu den Nichtmitgliedsländern zur Folge haben kann;
4. ist der Auffassung, daß eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Gemeinschaft mit weiteren wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert werden wird, insbesondere bei der Fortsetzung des Kampfes gegen Produktionsüberschüsse und bei der Verabschiedung von Maßnahmen, die speziell für die Mittelmeerregionen angemessene berufliche Umstellungen sicherstellen sollen;
5. ist der Ansicht, daß die Erweiterung der Gemeinschaften zu Änderungen in der Zielsetzung und der Ausgewogenheit der Interventionen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) führen wird, dessen Finanzhilfe nicht verringert werden darf;
6. ist der Überzeugung, daß der Beitritt der drei Mittelmeerländer dazu beitragen kann, ihre demokratischen Institutionen zu stärken, indem ihre wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit gefördert wird;
7. betont, daß das zwischen Nord- und Südeuropa bestehende Ungleichgewicht in Wirklichkeit durch ein Gefälle zwischen Ländern, deren Wirtschaft hauptsächlich durch die Industrie getragen wird, und Ländern, die hauptsächlich Agrarwirtschaft betreiben, bestimmt wird, wie auch im übrigen das Ungleichgewicht zwischen dem industriellen Bereich und der städtischen Bevölkerung einerseits und dem landwirtschaftlichen Bereich und der Landbevölkerung andererseits eine charakteristische Erscheinung in allen europäischen Ländern ist;
8. ist der Auffassung, daß sich die Europäischen Gemeinschaften angesichts der Erweiterung einer neuen Aufgabe gegenübersehen, die darin besteht, den neuen Mitgliedstaaten zu helfen, das wirtschaftliche und soziale Niveau ihrer Partner zu erreichen;
9. hofft im Interesse aller Mitgliedstaaten des Europarates, daß der Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal so verwirklicht werden kann, daß negative Auswirkungen auf die europäischen Nichtmitgliedsländer der Gemeinschaften vermieden und eine größere wirtschaftliche und politische Stabilität in den Mittelmeerregionen gefördert wird;
10. fordert alle betroffenen Parteien auf:
 - a) eine neue Mittelmeerpolitik zu verfolgen, die unter Einhaltung der Römischen Verträge eine gerechte Verteilung der verfügbaren Ressourcen zur Stützung der Preise sicherstellt und die für die erweiterte Gemeinschaft charakteristischen Strukturprobleme lösen kann;
 - b) die Wirksamkeit der bereits bestehenden Maßnahmen zu verbessern, um die Absatz- und Industriestrukturen in den Mittelmeerländern zu verbessern, insbesondere durch Bereitstellung von großzügiger Hilfe, um die Zusammenschlüsse von Obst- und Gemüseerzeugern des Mittelmeerraumes zu fördern;
 - c) ein Gemeinschaftsprogramm zur Rationalisierung der Produktion zu untersuchen, das die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse des Mittelmeerraumes, eine Marktstützungspolitik zur Stabilisierung der Preise auf einem angemessenen Niveau, Maßnahmen zur Vermeidung von Überschüssen und der dadurch verursachten verheerenden Verschwendung, Hilfe bei der Modernisierung der Produktionsmethoden sowie Bemühungen um eine ausgewogene Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion innerhalb der erweiterten Gemeinschaft einbeziehen sollte;
 - d) die Einrichtung von Ämtern für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Betracht zu ziehen, die die Aufgabe haben, die Produktionsbedingungen und den Vertrieb dieser Erzeugnisse zu verbessern;
 - e) den Wasserproblemen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und vor allem die

Durchführung von Bewässerungsprogrammen in den Mittelmeerregionen zu unterstützen;

- f) die internen Entwicklungspolitiken mit zusammenhängenden und abgestimmten Strukturhilfepolitiken für die Landwirtschaft zu koordinieren, indem sie die Produktion der Gemeinschaft in Richtungen lenken, die mit der langfristigen Entwicklung von Angebot und Nachfrage in der Dritten Welt vereinbar sind;
- g) die Handelsströme mit denjenigen Mitgliedsländern des Europarates, die nicht Mitglieder der Gemeinschaft sind, zu berücksichtigen, indem sie gegebenenfalls im Rahmen der Gemeinschaft finanzielle Hilfsprogramme zur Umstrukturierung bestimmter Produktionsbereiche aufstellen, aber sehr wohl dafür Sorge tragen, daß diese Staaten infolge der Erweiterung nicht in eine nachteilige Situation geraten;
- h) die Anhebung des Lebensstandards der Landbevölkerung als ein grundlegendes Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik im Hinblick auf den sozialen Fortschritt zu verfolgen;
- i) die Möglichkeiten einer Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik zu untersuchen, um die Enttäuschungen, Mißstände und Aufwendungen, die gegenwärtig das Vorgehen der Gemeinschaft auf diesem Sektor begleiten, erheblich zu verringern.

Tagesordnungspunkt:

Die Beschlüsse der 14. Tagung der Konferenz der Kommunal- und Regionalbehörden Europas

(Drucksachen 4451 und 4470)

Berichterstatter: Abg. Windsteig

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Der Ausschuß für Raumordnung und Kommunalpolitik war leider erst unmittelbar vor dieser Sitzung in der Lage, sich mit den Amendments zu beschäftigen. Ich bitte deshalb zu entschuldigen, daß wir etwas zu spät in die Sitzung gekommen sind.

Das Problem, mit dem wir uns heute hier beschäftigen, ist nicht neu. Die **Europäische Gemeinde- und Regionalkonferenz** hat in rechtlicher oder statutarischer Hinsicht nach ihrer eigenen Charta die Stellung eines beratenden oder technischen Gremiums im Sinne des Art. 17 des Statuts des Europarats. In Wirklichkeit ist das politische Gewicht der Gemeinde- und Regionalkonferenz über diese Funktion allerdings weit hinausgewachsen. Diese Tatsache führt zu einem Spannungsverhältnis, und es ist auch erklärlich, daß die Konferenz der Gemeinden und Regionen in Europa nach mehr Selbständigkeit strebt. Bei solchen Bestrebungen ist darauf hinzuweisen, daß viele ihrer Mitglieder – nicht alle, aber viele ihrer Mitglieder – unmittelbar von der Bevölkerung auf Zeit gewählte Ratsherren, Bürgermeister,

Oberbürgermeister sind und damit über die gleiche demokratische Legitimation verfügen wie die Mitglieder dieses Hohen Hauses.

Auf der anderen Seite darf man aber nicht verkennen, daß dem Streben nach mehr Selbständigkeit durch die Charta der Gemeindekonferenz selbst und durch das Statut des Europarats Grenzen gezogen sind. Diese Tatsache hat auch die Verhandlungen im Ausschuß gekennzeichnet. Wir haben ausgelotet, was im Rahmen des Statuts an Selbständigkeit verwirklicht werden kann und was nicht. Wir meinen, daß die Konferenz ein Recht darauf hat, daß sich die Staaten bei der Auswahl ihrer Mitglieder auf eine Schiedsrichterrolle beschränken. Bestrebungen etwa aber, der Gemeindekonferenz eine gleiche Stellung oder gleiche Funktionen einzuräumen wie der Parlamentarischen Versammlung, sind nach den Statuten unreal, und man sollte das auch deutlich sagen.

Der Vorschlag, den der Kollege Windsteig in seinem sehr gründlichen und sehr aner kennenswerten Bericht vorgelegt hat, geht im Grunde dahin, daß sich diese Versammlung der Hilfe der Gemeindekonferenz in Zukunft mehr bedienen sollte als in der Vergangenheit. Sie sollte uns überall dort helfen, wo wir Probleme erörtern, die Belange oder Kompetenzen der Gemeinden oder Regionen in direkter Weise berühren. Daher schlagen wir vor, daß alle Ausschüsse dieses Hauses die Konferenz einschalten und um Mitarbeit bitten, wenn sie die Gemeinden oder Regionen berührende Verhandlungspunkte erörtern. Nicht allein also der Ausschuß für Raumordnung und Kommunalpolitik, sondern alle Ausschüsse dieses Hauses sollten dazu beitragen, daß eine lästige Doppelarbeit oder ein Nebeneinander- oder gar Gegeneinanderarbeiten in Zukunft vermieden wird. Das ist zusammengefaßt das Ziel unserer Empfehlungen.

Tagesordnungspunkt:

Die Dritte Europäische Ministerkonferenz über den Umweltschutz

(Drucksache 4463)

Berichterstatter: Abg. Hardy

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns gerade in der vorhergehenden Debatte unter anderem auch mit Problemen des architektonischen Erbes beschäftigt. In dieser Debatte beschäftigen wir uns nun mit der Umwelt, mit dem Erbe an Pflanzen und Tieren aus vergangenen Jahrhunderten, das in unserer Gegenwart noch vorhanden ist. Die 3. Umweltschutzministerkonferenz in Bern im September vergangenen Jahres hat eine Konvention beschlossen, in der bedeutende **schützenswerte Arten der Flora und Fauna** aufgeführt sind. Obwohl ich hier selbst einer der jüngeren Kollegen bin, gehört es zu meinen Erinnerungen, daß ich in meiner Jugendzeit noch eine Fülle von Tieren in freier Wildbahn sehen konnte, die inzwischen in meinem Lande nicht mehr zu finden sind. Die Flüsse waren sauber, in ihnen gab es noch Muscheln und

Krebse. Inzwischen ist das alles anders geworden, und wir sind heute an einem Punkt, wo auch diejenigen, die in der Politik Verantwortung tragen, dafür sorgen müssen, daß wenigstens ein Teil der noch vorhandenen Flora und Fauna an unsere Kinder und Kindeskiner weitervererbt werden kann.

Die Bedeutung dieser Konvention liegt vor allem darin, daß sie grenzüberschreitende Wirkung hat. Tiere halten sich ja nicht an irgendwelche Visa-Bestimmungen, Grenzbestimmungen, Zollbestimmungen, sondern überschreiten die Grenzen. Wenn es in den Ländern des Euoparates in dieser Beziehung keine gleichen Bestimmungen gäbe, könnte es sehr leicht – und deswegen ist die Konvention so notwendig – zu negativen Folgen für die Erhaltung bestimmter Tierarten kommen.

Heute ist die Ökologie ja in Mode gekommen. Überall werden Resolutionen zu ökologischen Problemen gefaßt. Man vergißt dabei, wie wichtig es ist, daß vor allem auf dem Gebiete der Erziehung etwas mehr getan wird, um Jung und Alt für den Schutz von Tieren und Pflanzen zu interessieren. Das beginnt in der Schule. Hier gibt es in den einzelnen Ländern viele Chancen. Wenn ich an mein eigenes Land denke: hier gibt es die Möglichkeit, Waldlehrpfade einzurichten, Waldjugendspiele durchzuführen, junge Menschen über die Schule an den Tier- und Pflanzenschutz zu gewöhnen.

Was die nüchternen Bestimmungen dieser Konvention und die Aufzählung der lateinischen Namen angeht, so darf ich den Kollegen Hardy ergänzen: selbst diejenigen, die Latein gelernt haben – in anderen Ländern, wo es noch humanistische Gymnasien und keine Gesamtschulen gibt –, werden mit den wissenschaftlichen Namen der Sprache der Zoologen wenig anfangen können. Hier kommt es darauf an, die allgemeinen Namen bekanntzumachen und sie vor allem mit Bildern zu vermitteln. Ich begrüße es außerordentlich, daß das Landesplanungsministerium meines Landes, des Landes Bayern, einen Bildband, ein Taschenbuch über alle geschützten Tiere und Pflanzen in unserem Land herausgebracht hat, so daß sich jedermann mit den Augen davon überzeugen kann, welche Tiere hier besonders geschützt sind.

Sogar eine Einrichtung des Roten Kreuzes bei uns beschäftigt sich systematisch mit Fragen des Tier- und Pflanzenschutzes. In meinem Land, wo die Gebirge vorhanden sind, gibt es eine sogenannte **Bergwacht**, eine Unterabteilung des Roten Kreuzes. Die Bergwacht rettet nicht nur Touristen, die leichtsinnigerweise schwierige Wände besteigen, sondern sie macht auch Streifen, um die Natur zu schützen und die Touristen aufzuklären, welche Pflanzen und welche Tiere geschützt sind. Ich halte das für etwas sehr Gutes, weil es nicht mit staatlicher Autorität als solcher verbunden ist, sondern eine echte Bürgerinitiative ist, wenn ich das einmal so formulieren darf.

In diesem ganzen Bereich ist es wichtig, die Ausgewogenheit nicht zu vernachlässigen. Lassen Sie mich hier eine abschließende Bemerkung machen. Es ist heute gerade bei jungen Menschen Mode geworden, ein alternatives Leben zu suchen. Es gibt Leute,

die aus der Universität aussteigen und irgendwo einen Bauernhof pachten oder kaufen, um ein alternatives Leben mit **ökologischem Landbau** und anderen Dingen zu beginnen. Das ist sicher sehr begrüßenswert. Nur, meine sehr verehrten Kollegen, es würde sich sicher nicht für die Allgemeinheit der Mitgliedsländer des Euoparates verwirklichen lassen. Wenn nämlich alle unsere Bauern ökologischen Landbau treiben wollten, dann müßten wir in meinem Land, in der Bundesrepublik Deutschland, allein zusätzlich 7 Millionen Menschen in der Landwirtschaft beschäftigen und müßten mehr als ein Drittel der bebaubaren Fläche der Bundesrepublik nur mit Futtermitteln für Zugtiere bebauen. Sie sehen also, es kann durchaus sein, daß die Ideale nicht verwirklicht werden können.

Trotzdem glaube ich, daß man auch im Bereich der Landwirtschaft sehr sorgfältig mit den Fragen des Umweltschutzes umgehen muß. Das ist auch ein soziologisches und gesellschaftspolitisches Problem. Solange wir den bäuerlichen Familienbetrieb erhalten können, solange wir nicht riesige Güter, Kolchonen ähnlich, schaffen, wie sie in Ländern anderer Gesellschaftsordnung zu finden sind, solange wir eine gemischte Struktur im ländlichen Raum haben, wird es möglich sein, die Umwelt besser im Gleichgewicht zu halten. Wenn ich nicht jeden Bach verrohre, wenn ich nicht jeden Bach unter die Erde lege, wenn ich noch Feldraine und Hecken erhalten kann, wenn ich eine gemischte Landwirtschaft aus Weidegebieten, Ackerland und Forst habe, dann wird es leichter sein, Schutzzonen für Tiere zu erhalten, die sonst vom Aussterben bedroht sind.

Nicht nur aus gesellschaftspolitischen, auch aus ökologischen Gründen müssen wir die Menschen im ländlichen Raum, vor allem in den Berggebieten, erhalten. Ohne ihren Einsatz, ohne ihre Landschaftspflege wäre es unmöglich, die Tiere und die Arten zu erhalten, die wir heute schützen wollen. Meine sehr verehrten Kollegen, wenn wir diese Bergbauern in der Schweiz, in Österreich und im südlichen Bayern nicht hätten, müßte man eines Tages von Staats wegen Landschaftspfleger engagieren und sie womöglich verbeamten, um das Land vor Erosion zu schützen.

Deswegen ist es so notwendig, daß wir gerade auch den Menschen in den Ballungsräumen vermitteln, wie wichtig die Menschen in diesen Bereichen sind und wie wichtig es ist, mit der Tat für Umweltschutz einzustehen und mit diesem Umweltschutz auch Pflanzen und Tiere unserer gemeinsamen europäischen Heimat zu schützen.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Bern haben, wie aus dem Bericht des Herrn Kollegen Hardy, dem ich sehr herzlich danken möchte, zu ersehen ist, Landwirtschaftsminister über den Umweltschutz gesprochen. Das ist sicherlich nicht uninteressant, denn die moderne Landwirtschaft ist für den Umweltschutz bekanntlich nicht ohne Probleme. Wenn wir an die Chemikalien, die zur Düngung verwendet werden, denken, wenn wir an die Pestizide denken oder etwa daran, daß manches Umlegungsverfahren eine ge-

sunde Landschaft als Kultursteppe hinterläßt, so ist das alles nicht ohne Probleme. Diese Fragen waren aber – das möchte ich denjenigen, die dazu gesprochen haben, sagen – in Bern nicht Gegenstand unserer Verhandlungen. In Bern ging es den Landwirtschaftsministern vielmehr um den Schutz wildlebender Tiere und seltener Pflanzen. Es ging daneben auch um Fragen der Erziehung zum Umwelt- und Naturschutz.

Beim Schutz wildlebender Tiere und seltener Pflanzen handelt es sich zunächst einmal sicherlich um eine Angelegenheit der Wissenschaft. Mehr noch als je zuvor ist der Schutz aber ein politisches Anliegen. Daher ist die Forderung berechtigt, es nicht bei der Konvention zu belassen, sondern diese Konvention allgemeinverständlich umzusetzen, so daß diejenigen, die zum Schutz aufgerufen werden oder die eine Bedrohung für Tiere und Pflanzen darstellen, Bescheid wissen.

Wir haben in Bern als Parlamentarier dieses Hauses zum Ausdruck gebracht, daß wir Wert darauf legen, daß diese Konvention möglichst bald das Ratifizierungsverfahren durchläuft. Ich möchte die Frau Präsidentin und die Mitglieder unseres Ausschusses für die Beziehungen zu den Nationalen Parlamenten ausdrücklich auf diesen Wunsch hinweisen. Ich glaube aber, daß sich auch jeder von uns dafür verantwortlich fühlen sollte, daß wir in unseren Ländern die Ratifizierung dieser wichtigen Konvention vorantreiben. Wir müssen in unseren nationalen Parlamenten auf unsere Regierungen einwirken, daß uns die Ratifizierungsgesetze bald vorgelegt werden.

Im übrigen möchte ich das bestätigen, was Herr Kollege Hardy bereits ausführte. Die Konferenz von Bern war eine gute Konferenz, auch was die Zusammenarbeit zwischen den Ministern und den Mitgliedern diesen Hohen Hauses angeht. Wir haben in der Zusammenarbeit mit den Umweltschutzministern schon eine gewisse Tradition. Die Konferenz der Umweltschutzminister war die erste, die uns bereits vor Jahren zu ihrer ersten Tagung in Wien eingeladen hatte, an einem Kolloquium teilzunehmen. Diese Kolloquien sind im Laufe der Jahre von Mal zu Mal besser und ertragreicher geworden.

Eine besondere Anerkennung möchte ich auch aus der Sicht meiner Kollegen der Regierung und den anderen beteiligten Behörden der Schweiz für die hervorragende Organisation und reibungslose Durchführung jener Veranstaltung sagen, die uns alle überzeugt und begeistert hat.

Herr Präsident, der Ausschuß schlägt Ihnen vor, den Bericht anzunehmen. Da Herr Kollege Hardy eben bereits zu seinen beiden Amendments gesprochen hat, möchte ich hinzufügen, daß der Ausschuß der Auffassung ist, auch beide Amendments sollten angenommen werden.

Empfehlung 888 (1980)

betr. die Dritte Europäische Ministerkonferenz über den Umweltschutz (Bern, 19. – 21. September 1979)

Die Versammlung

1. nimmt den Bericht über die Dritte Europäische Ministerkonferenz über den Umweltschutz, die

vom 18. – 20. September 1979 in Bern stattfand, zur Kenntnis;

2. begrüßt die Tatsache, daß das Europäische Übereinkommen über die Erhaltung wildwachsender Pflanzen und wildlebender Tiere und natürlicher Lebensstätten in Europa während der Konferenz zur Unterzeichnung aufgelegt und sofort von 18 Mitgliedstaaten, Finnland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet wurde;
3. ist von der Notwendigkeit einer baldigen Ratifizierung des Übereinkommens überzeugt, wenn eine wirksame Erhaltung der wildwachsenden Pflanzen und wildlebenden Tiere und ihrer natürlichen Lebensstätten und insbesondere der Schutz der wandernden Arten sichergestellt werden soll;
4. begrüßt, daß ihre Vertreter Gelegenheit hatten, während eines Kolloquiums mit den Ministern die Verwirklichung des Übereinkommens, die Möglichkeiten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit im Hinblick auf Probleme des Umweltschutzes und den Schutz des Süßwassers gegen Verschmutzung zu erörtern;
5. vertritt die Ansicht, daß, wenn Europas natürliche Ressourcen wirksam geschützt werden sollen, das Übereinkommen, das selbst ein unerläßliches Instrument ist, durch eine Aufklärungskampagne ergänzt werden muß, um das Übereinkommen und die Arten, die es schützt, bekannt zu machen;
6. ist sich der Bedeutung der Entschlüsse der Berner Konferenz und der Notwendigkeit bewußt, sie in das Arbeitsprogramm des Europarates zu integrieren;
7. begrüßt den Beschluß der Minister, die von der griechischen Regierung ausgesprochene Einladung zur Veranstaltung der Vierten Europäischen Ministerkonferenz über den Umweltschutz in Griechenland anzunehmen, und vermerkt mit Genugtuung, daß das von den griechischen Behörden vorgeschlagene Hauptthema „Planung und Verwaltung von Fluß- und Seeufern und Küstenbereichen unter dem Aspekt des ökologischen Gleichgewichts“ ein Thema ist, das seit langem die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich zieht;
8. bittet den Generalsekretär des Europarates, ihr bis spätestens Januar 1981 über den bei der Verwirklichung der Entschlüsse der Konferenz erzielten Fortschritt Bericht zu erstatten;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - a) der Verwirklichung der Entschlüsse der Berner Konferenz äußerste Priorität zu verleihen, so daß die gesteckten Ziele rasch erreicht werden können;
 - b) die notwendigen Schritte zu unternehmen, um einem oder zwei Vertretern der Versammlung die Möglichkeit zu geben, an der Arbeit des Interimsausschusses und in der Folge an der

Arbeit des Ständigen Ausschusses teilzunehmen, der gemäß Art. 13 und 14 des Übereinkommens eingerichtet werden soll;

- c) das Europäische Informationszentrum für Naturschutz zu bitten, seine Kampagne für den Schutz der wildwachsenden Pflanzen und wildlebenden Tiere zu intensivieren, und es mit den erforderlichen zusätzlichen Mitteln auszustatten;
- d) die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern:
 - i. die Ratifizierung und Verwirklichung des Übereinkommens über die Erhaltung wildwachsender Pflanzen und wildlebender Tiere und natürlicher Lebensstätten in Europa zu beschleunigen;
 - ii. eine Kampagne einzuleiten, um die Öffentlichkeit über die Ziele und Bestimmungen des Übereinkommens zu unterrichten;
 - iii. den Text des Übereinkommens in der jeweiligen Landessprache sowie die allgemein gebräuchlichen Bezeichnungen der durch das Übereinkommen geschützten Arten zu veröffentlichen und diese Listen dem Europarat zu übermitteln;
- e) die derzeitige Frequenz der europäischen Ministerkonferenzen über den Umweltschutz beizubehalten.

Mittwoch, 30. Januar 1980

Tagesordnungspunkt:

18. und 19. Jahresbericht der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)

(Drucksache 4247, 4446)

Berichterstatter: Abg. Pignion

Tagesordnungspunkt:

Die Bewertung der Auswirkungen von bestimmten Anreizen für Privatunternehmen und Gesellschaften auf die Produktivität und den Lebensstandard

(Drucksache 4464)

Berichterstatter: Abg. Sir Frederic Bennett

Tagesordnungspunkt:

Die Auswirkungen einer intensiven Verwendung von Mikroprozessoren auf die Beschäftigungslage

(Drucksache 4466)

Berichterstatter: Abg. Valleix

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Für die meisten Anwendungsbereiche von Mikroprozessoren gilt die Regel, daß dieser Beitrag zum technischen Fortschritt **Arbeitskräfte** freisetzt. Dies war ja auch ein zentraler Punkt der Diskussion heute im Plenum. Die Arbeitsplatzbilanz ist negativ, d. h. durch die Einführung von Mikroprozessoren gehen mehr Arbeitsplätze verloren, als in der elektronischen Industrie geschaffen werden.

Vor dem Hintergrund dieser Diskussion kommt mir beim Lesen des Entschließungsentwurfs ein Aspekt zu kurz, wo es bei der Anwendung von Mikroprozessoren ausschließlich positive Effekte gibt: bei der Anwendung von Mikroprozessoren zum Einsparen von Energie. Ich habe mich versichert, daß dieser Anwendungsbereich vom Volumen her in absehbarer Zeit ganz beträchtliche Impulse für die Beschäftigung bringen wird.

Aus diesem Grunde halte ich es für notwendig, daß wir in der Resolution diesen Aspekt deutlicher zum Ausdruck bringen und klarmachen, daß wir von den Mikroprozessoren einen beträchtlichen Beitrag zum Einsparen von Energie im Haushalt, bei den Autos und in den verschiedensten Anwendungsbereichen erwarten können, ohne daß wir gleichzeitig Angst um die Vernichtung von Arbeitsplätzen haben müssen.

Eine Stellungnahme der OECD zu dem Bericht von Herrn Valleix hat mich ermutigt, diesen Änderungsantrag hier zu stellen. Der Bericht geht auf diese Frage ein, aber im Entschließungsentwurf kommt sie zu kurz. Deshalb bitte ich Sie, meinen Änderungsantrag auf Einfügung eines neuen Absatzes nach Nr. 6 zu unterstützen.

Paragraph 7 der Präambel des nachstehenden Entschließungstextes wurde aufgrund des Änderungsantrags von Dr. Vohrer eingefügt.

Entschließung 717

betr. die Auswirkungen einer intensiven Verwendung von Mikroprozessoren auf die Beschäftigungslage

Die Versammlung

1. hat von dem von ihrem Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung vorgelegten Bericht über die Auswirkungen einer intensiven Verwendung von Mikroprozessoren auf die Beschäftigungslage (Dok. 4466) Kenntnis genommen;
2. ist der Auffassung, daß der steigende Absatz und die weitverbreitete Verwendung von Computereinrichtungen aufgrund des spektakulären Preisrückgangs für elektronische Bauteile (Mikroprozessoren) einen technologischen Fortschritt erster Größenordnung darstellen, der einen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft der Industrieländer und die Beschäftigungslage haben muß;
3. weist darauf hin, daß zahlreiche bislang von Menschen ausgeführte Tätigkeiten künftig in zunehmendem Maße von Computern und programmierten Geräten übernommen werden;

4. befürchtet, daß der schrittweise Ersatz des Menschen durch Maschinen diesem zwar Aufgaben abnimmt, die ermüdend sind oder sich wiederholen, jedoch zum Verlust einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen führen kann;
5. räumt jedoch ein, daß technischer Fortschritt unerläßlich ist, wenn die europäischen Volkswirtschaften ihre Produktivität und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit beibehalten sollen;
6. ist der Auffassung, daß die rasch expandierende Computerindustrie wahrscheinlich sowohl in der Produktion von Geräten und Bauteilen als auch im Datenverarbeitungsbereich neue Arbeitsstellen schaffen wird, daß aber derzeitigen Schätzungen zufolge erstens weniger Arbeitsplätze geschaffen werden als aufgrund der weitgehenden Verwendung von Mikroprozessoren in der Industrie verlorengehen und zweitens Teilausgleichstendenzen erst auf einer späteren Stufe eintreten werden;
7. ist der Auffassung, daß von der weitgehenden Verwendung von Mikroprozessoren sehr positive Ergebnisse zu erwarten sind, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte sowie zu einer Verringerung im Energieverbrauch führen und damit einen erheblichen Beitrag zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum leisten werden;
8. erklärt sowohl den ersatzlosen raschen Verlust einer großen Anzahl von Arbeitsplätzen besonders zu einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit bereits hoch ist, als auch die Ablehnung des technischen Fortschritts, die die Produktivität der europäischen Volkswirtschaften gegenüber ihren Konkurrenten und damit sehr schnell auch die Beschäftigungslage beeinträchtigen würde, als unannehmbar;
9. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf:
 - i. Programme zur Bewältigung der sozialen Folgen des technischen Fortschritts und vor allem der intensiven Einführung von Mikroprozessoren durchzuführen;
 - ii. dynamische Umschulungslehrgänge für Arbeitnehmer in Angriff zu nehmen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, wenn Computer ihre Aufgaben übernehmen;
 - iii. Art und Inhalt der Lehrpläne durch die Einbeziehung einer Einführung in angewandte Informatik auf allen Ausbildungsebenen rasch an die neue wirtschaftliche und soziale Lage anzupassen;
 - iv. mehr Möglichkeiten für eine baldige Ausbildung in Dienstleistungen, Industriezweigen und anderen Tätigkeiten außerhalb des Spektrums der Spitzentechnologie zu schaffen;
 - v. die Schaffung von Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit den Bereichen Sozial-

wesen, Kultur und Freizeitgestaltung sowie der industriellen und kommerziellen Anwendung neuer Techniken zu fördern;

- vi. die Möglichkeit einer gerechteren Verteilung der verfügbaren Arbeit durch eine Verwirklichung der verschiedenen in Absatz 14 (iii) der Entschließung 710 (1979) der Versammlung enthaltenen Vorschläge (Teilzeitbeschäftigung, flexible Altersgrenzen, Konzentrierung zwischen den Industrieländern in bezug auf die Verringerung der Arbeitszeit) zu prüfen und gleichzeitig ein wachsames Auge auf die möglichen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf das finanzielle Gleichgewicht der sozialen Fürsorgesysteme zu haben;
- vii. nach den in ihrer Empfehlung 619 (1971) festgelegten Richtlinien eine leistungsstarke europäische Computerindustrie zu fördern,
10. beauftragt ihren Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung und ihren Ausschuß für Wissenschaft und Technologie, diese Fragen weiterzuverfolgen und dem Ministerkomitee unter besonderem Hinweis auf die Ergebnisse des Kolloquiums über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Raumfahrttechnologie und anderer moderner Technologien (28.–30. April 1980) spezifische Aktionsvorschläge zu unterbreiten.

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates im Hinblick auf die Afghanistankrise und ihre Auswirkungen

(Drucksache 4485)

Berichterstatter: Abg. Baumel

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der britische sozialistische Schriftsteller George Orwell hat in seinem Buch „1984“ die Situation des Großen Bruders, des Totalitarismus, beschrieben. Ich bitte um Verständnis: als ich soeben den Herren Kollegen Boucheny hörte, hatte ich zeitweise den Eindruck, als zitiere er aus diesem Buch. Denn was er sagte, war die Umkehrung dessen, was in Afghanistan geschehen ist. Aus einem Überfall auf ein friedliches Volk wurde eine sogenannte brüderliche Hilfe, aus der Zerschlagung eines souveränen Staates und aus einer Hineinführung in das sowjetische Kolonialsystem wurde eine Unterstützung des Fortschritts. Ich glaube, man muß schon sehr lange Mitglied einer Filiale des sowjetischen Kommunismus sein, um hier derartiges sagen zu können.

Aber, meine Damen, meine Herren, wir müssen in diesem Saal gar nicht die Frage stellen, ob einem Volk „brüderliche Hilfe“ gebracht wurde oder nicht, sondern wir brauchen nur die Hunderttausende

zu fragen, die nach dem sowjetischen Einmarsch zwischen mit den Füßen abgestimmt haben, indem sie als Flüchtlinge in die benachbarten Staaten gezogen sind – auf der Flucht vor jener sogenannten brüderlichen Hilfe, die uns die Kommunisten hier einreden wollen.

Ich möchte zu dem, was der Herr Kollege Boucheny gesagt hat, weiter nichts anmerken. Ich wende mich an die demokratischen Mitglieder dieser Versammlung, und ich möchte uns die Frage stellen, ob es wohl genügt, wenn wir hier – durchaus mit harten und ernsten Worten – über die Situation in **Afghanistan** sprechen, ob es genügt, wenn wir die Aggression anklagen, wenn wir unseren Zorn über die Vergewaltigung eines Volkes ausdrücken und wenn wir mit vielen wohlgesetzten Worten sagen: Dies darf nicht wieder passieren. Ich stelle mir die Frage, ob es nicht notwendig ist, hinter diesen Worten auch etwas aufklingen zu lassen, was eine Tat ist, ob wir nicht zusätzlich zu unseren Worten klarmachen müssen, daß wir wieder an einer Wende in der Weltpolitik angekommen sind, an der jedem totalitären und jedem aggressiven System demonstriert werden muß, daß die demokratischen Staaten unserer Welt, daß die Menschen in den demokratischen Staaten nicht daran denken, sich scheibchenweise nach der alten Salami-Taktik des ungarischen KP-Führers Rákóczi in die sowjetische Gewalt zu begeben.

Meine Damen, meine Herren, wir haben – auch wenn ich nicht behaupten will, wir seien in der Gefahr eines neuen Weltkrieges – in den 30er Jahren eine ähnliche Situation erlebt. Einfach um nicht zu lange sprechen zu müssen, empfehle ich allen Mitgliedern dieses Hauses, sich die alten Bände der Wochenzeitung „New Statesman and Nation“ aus den Jahren 1937, 1938 und 1939 durchzulesen, um noch einmal die Erkenntnis der damaligen Jahre vermittelt zu bekommen, daß man gegen eine Diktatur, gleichgültig, aus welcher Richtung sie kommt, einfach nicht nur mit Worten und nicht nur mit papiernem Protest etwas unternehmen kann. Ich meine, was damals Sozialisten in Großbritannien als richtig anerkannt haben, sollten wir, gleichgültig, welcher demokratischen Couleur wir hier sind, noch einmal als unsere eigene Sicht erkennen.

Wenn wir die Frage stellen: Wie soll es denn weitergehen?, gibt es manche, die automatisch sagen: Sicher, wir müssen etwas unternehmen; aber die **Entspannung** darf auf keinen Fall gefährdet werden, denn zur Entspannung gibt es keine Alternative. Der Satz ist richtig. Es gibt auch keine Alternative zum Wetter, weil das Wetter eben immer da ist, wie auch Entspannung immer da sein muß. Nur weiß jedermann von uns, daß Wetter sehr unterschiedlich ausfallen kann, von der größten Hitze bis zur tiefsten Kälte.

Wir haben erlebt, daß wir in einem Entspannungsprozeß sind, bei dem unser Wille zur Entspannung wesentlich größer war als der Wille der anderen Seite.

Da zur Entspannung nun einmal mehrere Seiten gehören, da man nicht alleine entspannen kann,

ist es doch ganz selbstverständlich, daß wir heute zumindest bei allen künftigen Verhandlungen mit der Sowjetunion und mit anderen Staaten des Warschauer Pakts überlegen müssen, ob das Konzept, mit dem wir in die Entspannung hineingegangen sind, wirklich noch das richtige war.

Meine Damen! Meine Herren! SALT II, MBFR und wie diese Verhandlungen alle heißen, sie hatten doch die Annahme zur Basis, die Sowjets wollten nicht mehr wie Jahre vorher und Jahrzehnte vorher ihren Imperialismus mit brutaler Gewalt in andere Staaten tragen. Wir gingen vielmehr davon aus, daß die Entspannung dazu führen sollte, aufeinander zuzugehen, aber nicht etwa mit Waffen, sondern mit einer friedlichen Gesinnung.

Nun haben wir festgestellt, daß diese friedliche Gesinnung in der sowjetischen Führung durchaus nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es viele erwarteten. Deswegen, so meine ich, genügt es nicht zu sagen, zur Entspannung sei keine Alternative vorhanden. Wir müssen überlegen, wie wir den Entspannungsprozeß in neuer Form gestalten können.

Meine Damen und meine Herren, gestatten Sie mir, einen weiteren Punkt anzusprechen. Unser Kollege Urwin meint, es sei eine Überreaktion, wollte man die **Olympischen Spiele** in der Sowjetunion boykottieren. Ich will mit ihm nicht rechten, meine Damen, meine Herren, aber ich stelle mir seit Wochen die Frage, ob wir es einfach moralisch verantworten können, daß unsere Sportler bei den sogenannten Olympischen Spielen des Friedens lächelnd an Leonid Breschnew vorbeimarschieren, ihm freundlich zuwinken, während auf seinen Befehl zur gleichen Zeit die Kampfhubschrauber der sowjetischen Armee in den Bergen Afghanistans die Menschen erschießen und die Panzerraketen deren Häuser zerschlagen. Dies ist nicht eine Frage der Reaktion, der Überreaktion oder Unterreaktion, dies ist vielmehr eine Frage der Moral. Ich meine, das müßten wir in einer Versammlung wie dieser berücksichtigen.

Der Generation, der mein Vater angehörte, hat man einmal vorgeworfen, sie habe die totalitäre Politik nicht rechtzeitig erkannt und sei nicht in der Lage gewesen, eine Aggression zu verhindern. Meine Damen, meine Herren, es ist Sache dieser Versammlung, dafür zu sorgen, daß ein solcher Vorwurf nicht auch einmal auf unsere Generation fällt, auch deswegen, weil wir nicht nur die Verantwortung für uns, sondern auch für unsere Kinder tragen.

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einleitend feststellen, daß es für den Einmarsch der sowjetischen Truppen in **Afghanistan** keinerlei Entschuldigung oder Rechtfertigung gibt. Dieser Einmarsch war von langer Hand vorbereitet. Er dient der Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs, und ich bin ganz sicher, er wird eine ganze Reihe gefährlicher Konsequenzen nach sich ziehen, die wir erst in Zukunft voll werden ermessen können. Das bedeutet, daß uns das Thema Afghanistan auch in fernerer Zeit noch weiter beschäftigen wird.

Was sich in Afghanistan abgespielt hat, war eine Aggression, und es ist eine unerhörte Zumutung, zu

behaupten, die Regierung Afghanistans habe die sowjetischen Truppen ins Land geholt. Denn es ist doch mehr als merkwürdig, daß der Regierungschef, der dies angeblich getan hat, nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen erschossen worden ist. Ich denke, dieser Vorgang spricht für sich. Deswegen muß man in aller Eindeutigkeit dafür plädieren, daß die sowjetischen Truppen aus Afghanistan wieder abgezogen werden, wie ich auch dafür eintreten möchte, daß die Schikanen gegen Herrn Sacharow aufhören müssen.

Man darf bei dieser Diskussion nicht übersehen, daß **Entspannung** – und ich habe in diesem Hause immer für Entspannung gekämpft; viele werden dies bezeugen können – und militärisches Gleichgewicht zusammengehören. Ich bin zutiefst davon überzeugt: je niedriger der Level der Rüstungsanhäufung auf beiden Seiten ist, desto größer sind die Chancen für den Frieden.

Auch hat sich immer wieder bestätigt, daß Entspannung – und jetzt spreche ich als deutscher Sozialdemokrat – nur hinter dem Schild des Nordatlantischen Bündnisses sinnvoll und möglich ist. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern können. Man kann Entspannungspolitik nur erfolgreich treiben, wenn die äußere Sicherheit des Staates garantiert ist.

Ich denke, wir haben dies beispielsweise durch den Nachrüstungsbeschluß des Bündnisses und auch durch den Beschluß des letzten Parteitages meiner Partei deutlich gemacht, einen Beschluß, der durch das Verhalten der Sowjetunion erzwungen worden ist. Durch den Nachrüstungsbeschluß wurde der Wille zur Erhaltung des militärischen Gleichgewichts nachdrücklich dokumentiert.

Wir müssen den kommunistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion, stets vor Augen führen, daß ihr Expansionsdrang gewaltige Risiken in sich birgt und Grenzen haben muß. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß **Rüstungsbegrenzung** und **Rüstungskontrolle** dazu beitragen können, daß die Durchführung von Aktionen, wie sie sich in Afghanistan zugetragen haben, erschwert bzw. unmöglich gemacht werden. Dies hängt vom Stand der Rüstungsbegrenzung ab.

Wenn man diesen Gedanken logisch weiterverfolgt, muß man sagen: die sicherste Gewähr dafür, daß Aggressionen wie die, die jetzt in Afghanistan stattgefunden hat – und solche Aktionen können sich auch in anderen Teilen der Welt wiederholen –, vermieden werden, bestünde darin, daß keine Seite dazu militärisch in der Lage wäre. Ich weiß nicht, ob die Sowjetunion jemals bereit sein wird, eine derartige Situation zuzulassen. Aber es ist der Mühe wert, dafür einzutreten.

Ich denke daran, daß jeden Tag zwei Milliarden D-Mark in der Welt für Rüstungen ausgegeben werden, eine gewaltige Summe. Jeder von uns weiß, daß es einen **Nord-Süd-Konflikt** gibt, mit gewaltigem Sprengstoff angefüllt. Ich frage mich: Kann man diesen Konflikt angesichts dieser Ausgaben beseitigen? Ich habe große Zweifel, ob man dies kann, wenn man allein pro Tag so viel Geld für Rüstung ausgibt: zwei Milliarden D-Mark.

Ich bin daher zutiefst davon überzeugt, daß wir weiter für Rüstungsbegrenzung kämpfen müssen. Dieser Nord-Süd-Konflikt beinhaltet auch für uns in Europa ein gewaltiges Risiko. Ich weiß aus meiner politischen Erfahrung und der Beschäftigung mit politischen Problemen, daß Armut und Hunger neue Krisenherde entstehen lassen, die sich ausweiten können, die zu militärischen Konflikten werden könnten. Die Erfahrung lehrt aber gleichermaßen, daß Armut, Hunger, Not und Elend geeignet sind, Menschen politisch zu radikalisieren. So entsteht politischer Nährboden für den Kommunismus.

Auch unter diesem Gesichtspunkt betrachte ich das Problem Afghanistan, weil ich mich frage, ob denn das, was sich dort abgespielt hat, vor dem Einmarsch, als die Kommunisten zunächst politisch die Macht übernahmen – erst hinterher kamen die sowjetischen Truppen – möglich gewesen wäre, wenn dies eine Gesellschaftsordnung gewesen wäre, in der die Menschen vernünftig hätten leben können.

Ich frage mich auch, wie die Welt heute ohne Entspannung aussähe. Ich habe überhaupt keine Zweifel daran, daß wir beispielsweise genauso Berlin-Krisen hätten, wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg viele Jahre hatten. Manche Krise hat sich dadurch nicht entwickelt, daß es die Möglichkeit des **Dialogs zwischen Ost und West** gegeben hat. Zur Entspannungspolitik – dies sage ich hier zum hundertsten Male – gibt es wirklich keine vernünftige Alternative.

Wir haben mit großem Interesse gesehen, daß der Einmarsch der Sowjetunion die **Dritte Welt** aufgerüttelt hat. Die Vereinten Nationen haben mit großer Mehrheit diese Aggression verurteilt. Der Protest der Menschen ist weltweit gewesen. Ich glaube, viele in der Dritten Welt haben begriffen, daß sie von der Sowjetunion weder Freiheit noch Gerechtigkeit erwarten können. Dieser Erkenntnisprozeß wird sich meiner Auffassung nach in der nächsten Zeit verstärkt fortsetzen, denn ich glaube nicht daran, daß die Sowjetunion ihre Truppen zurückziehen wird.

Auch bei anderen Gelegenheiten sollten wir mit der Sowjetunion über das diskutieren, was sich da zugetragen hat. Wir werden in diesem Jahr in **Madrid** eine Chance dafür haben. Wir würden sie uns entgehen lassen, wenn wir uns etwa dazu bereit fänden, Madrid abzusagen oder zu torpedieren. Wir sollten auch in Madrid versuchen, Mechanismen anzustreben, die Vorkommnisse wie in Afghanistan unwahrscheinlich machen. Ich weiß aus eigener politischer Erfahrung, daß dies alles sehr lange und sehr schwierige Prozesse sind, die auch zu Rückschlägen führen. Jeder von uns muß sich aber die Frage stellen: Was ist die Alternative? Was könnten wir sonst tun?

Ich kenne keine Alternative. Ich muß das ganz offen bekennen. Ich weiß nur, daß ich mit einer gewissen Verzweiflung dafür sein muß, die Entspannungspolitik weiter voranzutragen, wobei ich stets im Hinterkopf habe, daß Entspannung und militärisches Gleichgewicht gewahrt werden müssen. Nur so ist das möglich.

Ich habe noch eine andere Erfahrung machen müssen, auf die ich in meinem kurzen Beitrag eingehen möchte: Der Entspannungsprozeß ist leider nicht notwendigerweise ein weltweiter Prozeß. Es ist durchaus denkbar, daß in bestimmten Regionen der Welt Abkommen, Übereinkünfte getroffen werden, die der Entspannung dienen, während in anderen Teilen der Welt gekämpft wird. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir das Berlin-Abkommen, das sich wirklich als Segen herausgestellt hat, in einer Zeit abschließen konnten, in der in Vietnam Krieg war. Und die Abreden zwischen Herrn Breschnew und Präsident Ford in Wladiwostok geschahen in einer Zeit, als die Kämpfe nach Kambodscha hineingetragen wurden.

Das heißt für mich: Es wäre fahrlässig, würde man wegen Rückschläge, auch wenn sie ganz gewaltiger Natur sind – und dies ist in Afghanistan der Fall –, darauf verzichten, in Regionen oder in Bereichen der Politik, wo dies möglich ist, zur Entspannung beizutragen. Verzicht liegt nicht in unserem Interesse.

Zum Thema Olympiaboykott möchte ich nicht viel sagen. Ich erkläre mich für gemeinsames Handeln der Bündnispartner unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Solidarität mit der Führungsmacht der westlichen Staatenwelt.

Zum Schluß will ich noch folgendes bemerken. Herr Boucheny ist leider nicht anwesend. Er ist aus lauter demokratischer Gesinnung hinausgegangen, um die Argumente anderer nicht entgegennehmen zu müssen. Herr Boucheny hat gesagt, er plädiere für das afghanische Volk. Wenn er das wirklich getan hätte, dann hätte er für den Abzug der sowjetischen Truppen plädieren müssen. Wir haben davon nichts gehört. Das afghanische Volk empfindet den Einmarsch der russischen Truppen nicht als Befreiung von einer feudalen Gesellschaftsordnung, sondern als Beweis kommunistischer Fremdherrschaft.

Dr. Vohrer (FDP): Frau Präsidentin! Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewußt wird, daß diese Debatte mit dieser Spielregel „zwei Minuten“ zur Farce wird. (Beifall) Ich halte es für unmöglich, in dieser Zeit auch nur einen einzigen vernünftigen Gedanken zu entwickeln, und verzichte deshalb auf meine Wortmeldung. (Beifall)

Mattick (SPD): Angesichts dieser unglücklichen Entwicklung am Schluß dieser Sitzung verzichte ich auf mein Wort.

Dr. Enders (SPD): Frau Präsidentin! Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan scheint bei den Großen der westlichen Welt noch keine Einmütigkeit darüber zu bestehen, wie man diese Aggression rückgängig machen kann. Bei ihnen ist nicht vordergründig vom Primat der Politik die Rede, sondern die Sportler sollen aus der Klemme helfen. Diesen drückt man an Stelle der olympischen Fackel die Waffe des **olympischen Boykotts** in die Hand. Die Aktiven, die sich für die Wettkämpfe auf dem grünen Rasen vorbereitet haben, sollen nun in einer anderen Arena der Politik zum Erfolg verhelfen.

Meines Erachtens sind jetzt nicht die Sportler, sondern die Politiker am Zuge. Diese müssen das Instrumentarium einsetzen, das sie angewendet hätten, wenn 1980 nicht zufällig ein Olympiajahr wäre oder wenn die Olympischen Spiele vor sechs Jahren an eine andere Stadt vergeben worden wären. Ihre Rezepte müssen gegen die Völkerrechtswidrigkeit auf den Tisch und nicht die Sportler an die Front.

Ich halte nichts davon, wenn unter dem Druck der Politik die Sportler in der freien Welt diszipliniert werden und ihre Pässe abgeben müssen. Die nationalen Olympischen Komitees und das IOC sollten sich abstimmen und eine Entscheidung für den Sport fällen. Als passionierter Sportfreund müßte ich einen allgemeinen Olympiaboykott bedauern, wenn ich ihn auch als realistischer Politiker nicht ausschließen kann. Sportler und ihre Anhänger würden den diesjährigen und vielleicht auch den künftigen Ausfall der Sommerspiele verschmerzen, aber die Welt würde dadurch ärmer werden.

Donnerstag, 31. Januar 1980

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates im Hinblick auf die Afghanistankrise und ihre Auswirkungen

(Abstimmung)

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Unsere Änderungsvorschläge beziehen sich auf Punkt 4 der Resolution.

Zunächst einmal glauben wir, daß es nicht richtig ist, wenn sich der Antrag ausschließlich auf die Schlußakte von Helsinki bezieht. Es gibt eine ganze Reihe von Dokumenten, die ebenfalls für den Entspannungsprozeß Bedeutung haben. Deshalb möchten wir bei den Verträgen und Abmachungen, die erwähnt sind, gerne „zum Beispiel“ eingefügt wissen. Es gibt nicht nur die Schlußakte von Helsinki.

Wir halten es nicht für ganz richtig, lediglich von den Prinzipien der Entspannung zu sprechen. Es geht ja hier um die Verwirklichung der Prinzipien, um ihre volle Verwirklichung. Deswegen möchten wir, daß nach dem Wort „Entspannung“ die Worte „in ihrer vollen Verwirklichung“ eingefügt werden. Es heißt dann: „daß die Prinzipien der Entspannung in ihrer vollen Verwirklichung weder teilbar sind . . .“

Am Schluß des Abschnitts 4 möchten wir einen Gedanken einfügen, den ich bereits gestern in meiner Rede zum Ausdruck gebracht habe. Es ist durchaus denkbar und durchaus möglich – es gibt Beweise dafür und eine ganze Reihe von gravierenden Beispielen, die das deutlich machen –, daß es in bestimmten Teilen der Welt Rückschläge gibt, während in anderen Teilen der Welt Fortschritte erzielt werden können. Ein Beispiel: Während des schrecklichen Vietnam-Krieges wurde das Berlin-Abkommen abgeschlossen.

Ich möchte ein weiteres Beispiel hinzufügen, das ich soeben im Politischen Ausschuß vorgebracht habe. Dann bin ich gleich am Ende meiner Bemerkungen. Ich mache es sehr kurz, Herr Präsident. Bürger aus der DDR können nur dann in die Bundesrepublik ausreisen, wenn sie ein bestimmtes Lebensalter erreicht haben, 65 oder 63 Jahre. Nun stehen wir in Verhandlungen mit der Regierung der DDR mit dem Ziel, diese Altersgrenze zu senken, weil wir sagen: Es ist durchaus im Sinne menschenfreundlicher und menschenwürdiger Politik, diese Altersgrenze zu senken. Warum soll nur jemand, der 63 oder 65 Jahre alt ist, in die Bundesrepublik kommen können? Die Verhandlungen — das darf ich hier einmal sagen — sind außerordentlich weit gediehen. Das hat der zuständige Minister vor kurzem öffentlich erklärt.

An diesem Beispiel sehen Sie, daß es trotz der schrecklichen Invasion in Afghanistan an anderen Punkten, wenn Sie auch sagen werden: nur geringe, aber eben doch Fortschritte gibt. Hier muß deutlich gemacht werden, daß es eine schlimme Sache wäre, wenn wir diese Fortschritte vereiteln wollten. Dies ist der Sinn unseres Änderungsantrags. Ich darf hinzufügen, daß der Politische Ausschuß seine Zustimmung gegeben hat. Es gibt nicht nur dieses Beispiel, sondern, wie ich in meiner Rede zum Ausdruck gebracht habe, eine ganze Reihe von Beispielen auch in anderen Ländern.

Die Änderungsanträge von Dr. Geßner werden angenommen (Punkt 4 der nachstehenden Empfehlung 889).

Empfehlung 889 (1980)

betr. die Krise in Afghanistan

Die Versammlung,

1. ist ernsthaft beunruhigt über die erhebliche Verschlechterung der internationalen Lage, die durch die Invasion der sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan hervorgerufen wurde;
2. ist der Auffassung, daß diese Intervention erneut eine offenkundige Verletzung der Prinzipien der Nichtanwendung von Gewalt, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sowie der grundlegenden Menschenrechte darstellt;
3. betrachtet die von der UdSSR öffentlich abgegebenen Erklärungen zur Rechtfertigung ihrer Intervention, die sofort die Ermordung der damaligen afghanischen Machthaber zur Folge hatte, als völlig unannehmbar;
4. bekräftigt ihr Festhalten an dem Begriff der Entspannung und an dem Prozeß, den insbesondere die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorbringen sollte, erinnert jedoch daran, daß die Prinzipien der Entspannung bei ihrer vollen Anwendung weder teilbar noch auf bestimmte geographische Bereiche beschränkt sind und daß

der sowjetische Einmarsch in Afghanistan nicht zur Einstellung der Entspannungsbemühungen führen darf, denn dies wäre für die Mitglieder der Gruppe der bündnisfreien Länder von Nachteil, die aufgefordert werden, sich dem einen oder anderen Block anzuschließen;

5. ist sich der Rolle bewußt, die Europa bei der Ausdehnung der Entspannungspolitik auf die Länder der Dritten Welt spielen kann, die an Unterentwicklung leiden und von den Auswirkungen der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen auf die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit am stärksten betroffen werden;
6. ist der Auffassung, daß der Europarat aufgrund der in seiner Satzung dargelegten Prinzipien und Ziele sowie durch seine Zusammensetzung aus 21 westeuropäischen parlamentarischen Demokratien, einschließlich mehrerer neutraler Länder, aufgerufen ist, einen wichtigen und spezifischen Beitrag zur Lösung der Probleme des Friedens und der internationalen Sicherheit zu leisten;
7. teilt die vom Ministerkomitee in seiner Sondersitzung am 18. Januar 1980 geäußerten Zweifel hinsichtlich der Absichten der UdSSR in bezug auf die Entspannung, für die sich der Europarat unaufhörlich einsetzt, und unterstützt die Forderung des Ministerkomitees nach einem sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug aller fremden Truppen aus Afghanistan;
8. appelliert an die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates, unverzüglich in Verbindung mit den zuständigen Gremien der Vereinten Nationen Maßnahmen zu ergreifen, um den afghanischen Flüchtlingen, die infolge der sowjetischen Invasion ihr Land verlassen, humanitäre Hilfe zu leisten;
9. bringt ihre Solidarität mit dem afghanischen Volk zum Ausdruck, dem das Recht zusteht, frei und ohne fremde Einmischung über seine Zukunft zu entscheiden;
10. betont, daß die Politik der Entspannung ernsthaft gefährdet ist, solange die Souveränität und Unabhängigkeit eines Staates durch einen Unterzeichnerstaat der Abkommen von Helsinki verletzt werden;
11. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der 21 Mitgliedstaaten aufzufordern, eine entschlossene und unnachgiebige Haltung gegenüber den Ereignissen in Afghanistan einzunehmen, indem sie sich von den oben genannten Prinzipien im Rahmen der zuständigen internationalen Gremien, insbesondere im Hinblick auf die Konferenz von Madrid über die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki, leiten lassen, und eine aktive Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt zu bekunden.

Entschlieung 718 (1980)
betr. die Verhaftung und Verbannung
von Dr. Andrei Sacharow

Die Versammlung,

1. ist empört über die Verhaftung des Nobelpreis-trägers Dr. Andrei Sacharow und über die drakonischen Maßnahmen, die die sowjetischen Behörden über ihn verhängt haben;
2. begrüßt die Haltung, die von ihrem Präsidenten, Hans de Koster, in einer am 23. Januar 1980 veröffentlichten Erklärung eingenommen wurde, in der er betonte, daß „dieses unbillige Vorgehen in seiner Bedeutung dahingehend interpretiert werden wird, daß Breschnews Verpflichtung zur Entspannung, die er bei den Konferenzen in Helsinki und Belgrad feierlich bekräftigte, fragwürdig ist“;
3. vertritt die Ansicht, daß dieses Vorgehen, das eine Verletzung der Abkommen von Helsinki darstellt, tatsächlich den Entspannungsprozeß behindert;
4. ist ernsthaft besorgt über das Schicksal all der-jeniger, die in der Sowjetunion ihre Stimme zur Verteidigung der Menschenrechte und des Rechts erheben;
5. bringt ihre uneingeschränkte Solidarität mit Andrei Sacharow zum Ausdruck;
6. verweist auf den Wortlaut von Abschnitt VII der Schlußakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, welcher die rechtlichen Verpflichtungen enthält, die jeder Unterzeichnerstaat gegenüber allen anderen eingegangen ist;
7. ruft die sowjetischen Behörden nachdrücklich auf, Andrei Sacharow sofort freizulassen und seine vollen Rechte wiederherzustellen.

Entschlieung 719 (1980)
betr. die Olympischen Spiele in Moskau

Die Versammlung,

1. erinnert an ihre Empfehlung 889 betreffend die Krise in Afghanistan und ihre Entschlieung 718 betreffend die Verhaftung und Verbannung von Andrei Sacharow;
2. erinnert an die unveränderlichen ethischen Werte, die der Demokratie ebenso wie dem Sport zugrundeliegen, und lenkt die Aufmerksamkeit der Nationalen Olympischen Komitees der Mitgliedstaaten und der Sportler in Europa auf die schwerwiegende Bedeutung der Ereignisse, die seit einem Monat in Afghanistan stattfinden, sowie auf die Behandlung, die Professor Sacharow erfahren hat, und fordert sie mit Nachdruck auf, diese Umstände bei ihrer Entscheidung über eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau oder an den bei dieser Gelegenheit veranstalteten Feierlichkeiten zu berücksichtigen;

3. appelliert an die europäischen Regierungen, sich unter Berücksichtigung ihrer Kontakte zu den Nationalen Olympischen Komitees und darüber hinaus zu dem Internationalen Olympischen Komitee darum zu bemühen, sich im Rahmen der europäischen Konferenz der für den Sport zuständigen Minister auf eine gemeinsame Haltung im Hinblick auf die Olympischen Spiele in Moskau zu einigen.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Nahen Osten
Ansprache des Stellvertretenden Minister-
präsidenten und Außenministers von Syrien,
A. H. Khaddam

(Übersetzung)

Herr Präsident, liebe Kollegen!

Ich möchte Ihnen zunächst meinen Dank dafür aussprechen, daß Sie mir diese Gelegenheit gegeben haben, das Wort vor Ihrer hohen Versammlung zu einer Frage zu ergreifen, die heutzutage den größten Einfluß auf den Frieden und die internationale Sicherheit und dadurch auf die Entwicklung unserer Welt und ihre Zukunft hat. Niemand, glaube ich, kann die Bedeutung der Nahostregion bagatellisieren. Sie erstreckt sich auf drei Kontinente, grenzt an zwei Ozeane und drei Meere und bildet einen Knotenpunkt zwischen zahlreichen Regionen der Welt. Außerdem ist und bleibt sie für mehrere Jahrzehnte das größte Energiereservoir.

In dieser Region, die vom strategischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsstandpunkt her eine solche Bedeutung besitzt, besteht ein schmerzliches und tiefgreifendes Problem, das aus der Zeit stammt, in der der westliche Kolonialismus dort während des ersten Weltkrieges in Erscheinung getreten ist.

Dafür, daß die Araber sich auf die Seite der Alliierten gegen das Osmanische Reich gestellt haben, erhielten sie im Anschluß an die Sykes-Picot-Vereinbarung und die Proklamierung des berühmten Balfour-Versprechens durch den britischen Kolonialminister, Palästina dem Weltzionismus zuzuerkennen, als einzige Belohnung die Besetzung und Zerstückelung ihres Landes.

Damals, als die Keime des Konflikts gelegt wurden, dessen Folgen wir selbst und die ganze Welt tragen, strebten die Araber nach Freiheit und Unabhängigkeit in der Hoffnung, daß die Alliierten ihnen helfen würden, wie sie selbst ihnen geholfen hatten. Anstelle von Hilfe gab es nur die Zersplitterung der arabischen Nation, die Verstärkung des kolonialen Einflusses und eine für die jüdische Einwanderung nach Palästina geöffnete Tür.

Um das Unglück vollständig zu machen, mußten die Araber, nachdem sie einen hohen Tribut für ihr Bündnis mit der westlichen Welt gegen das Osmanische Reich während des ersten Weltkrieges gezahlt hatten, noch einmal so teuer bezahlen, weil sie wäh-

rend des zweiten Weltkrieges gegen die Achsenmächte auf seiten der Alliierten gestanden hatten. Sie erlebten, wie auf einem Teil Palästinas ein Staat Israel entstand, während ein großer Teil des palästinensischen arabischen Volkes daraus vertrieben wurde.

So begann der arabisch-israelische Konflikt: der Konflikt zwischen einer Nation, die eine positive und konstruktive Rolle in der Geschichte der Zivilisation und des menschlichen Fortschritts gespielt hatte, und einem Gebilde, das auf der Grundlage der Aggression, der Expansion und der Unterdrückung geschaffen worden ist.

Vielleicht ist die aggressive und expansionistische Natur Israels noch deutlicher in einem Memorandum zu verstehen, das von Weizman bei der Friedenskonferenz im Jahre 1919 vorgelegt wurde; er forderte darin, daß man der zionistischen Weltbewegung bei der Errichtung eines jüdischen Staates auf dem gesamten palästinensischen Territorium, im Süd-Libanon, in Südsyrien und Transjordanien helfen soll, die dann das Kernstück eines Großisrael gebildet hätten. In diesem Dokument kommt deutlich die Unnachgiebigkeit Israels und seine ablehnende Haltung gegenüber einem gerechten und dauerhaften Frieden zum Ausdruck. Es läßt gleichermaßen die Entschlossenheit Israels, seine Politik der Expansion und der Gründung von Bevölkerungsansiedlungen fortzusetzen, sowie seine Weigerung erkennen, sich von den besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen und die nationalen und unveräußerlichen Rechte des palästinensischen arabischen Volkes anzuerkennen.

Der Staat Israel wurde 1948 auf einem genau festgelegten Teil Palästinas gegründet. In der Folgezeit vergrößerte er sich ständig, indem er die arabische Bevölkerung verfolgte und vertrieb, bis er den Krieg 1967 gegen drei arabische Staaten entfesselte und sich das ganze palästinensische sowie einen Teil des syrischen und ägyptischen Territoriums aneignete. Seit dem Beginn des arabisch-israelischen Konflikts halten sich die Araber an die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen sowie an deren Entschlüsse, während Israel bei Anwendung von Gewalt und Aggression blieb.

Ogleich sie davon überzeugt waren, daß die Haltung Israels auf der zionistischen Doktrin beruht, die auf einen ständigen Expansionismus ausgerichtet ist, haben die Araber ihr Festhalten an einem gerechten und dauerhaften Frieden, der auf den folgenden Prinzipien beruht, verkündet:

1. der Rückzug Israels von allen besetzten Gebieten
2. die Anerkennung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen arabischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr und Selbstbestimmung wie auch auf die Errichtung eines unabhängigen Staates.

Trotz des Verständnisses, das dieser arabische Friedensappell in der Weltöffentlichkeit gefunden hat, und obgleich er durch die Entschliebung der Vereinten Nationen, durch die Konferenzen der blockfreien Staaten und durch die Europäische Gemeinschaft sanktioniert worden ist, trotz all dem, sage ich,

bestand die Antwort Israels in einer hartnäckigen Weigerung, der Meinung der Weltöffentlichkeit und dem Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit Rechnung zu tragen.

Herr Präsident!

Die arabische Bewegung in Richtung Frieden geschieht nicht zufällig, sondern ergibt sich aus einem historischen Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Sicherheit der Welt und der Völker. Wir alle erinnern uns an die internationale Lage kurz nach dem Krieg von 1973 und wie sich die Welt damals am Rande eines allgemeinen Aufruhrs befunden hat.

Wir erinnern uns alle an die Konsequenzen, die daraus für die Weltwirtschaft und gleichzeitig für den Fortschritt und das Wohlergehen der Völker entstanden sind.

Während wir nach diesem Kriege ebenso wie die internationale Öffentlichkeit nach Mitteln suchten, den Frieden im Rahmen der Vereinten Nationen und in Übereinstimmung mit ihren Entschlüssen zu verwirklichen, brachte Israel alle diese Anstrengungen zu Fall, indem es das Prinzip des Rückzugs aus allen besetzten Gebieten unter dem Vorwand ablehnte, sich sichere Grenzen zu verschaffen.

War es nicht eine Beleidigung der Intelligenz, einfach vorzugeben, daß die Besetzung einer Anhöhe oder eines Berggipfels sichere Grenzen schaffen könnte, wo sich doch das Zerstörungspotential der modernen Waffen ebenso enorm erweitert hat wie ihre Aktionsmöglichkeiten, die nunmehr sogar den regionalen Rahmen übersteigen und den von Kontinenten erreichen.

Das zweite von den Israelis ausgehende Hindernis bestand darin, daß sie sich weigerten, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen, und der Organisation für die Befreiung Palästinas das legitime Recht absprachen, das palästinensische Volk zu vertreten, und dies trotz der Tatsache, daß diese weltweit als solche anerkannt ist.

Herr Präsident, meine Herren!

Anstatt Druck auf Israel auszuüben und Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, damit die Entschlüsse der Vereinten Nationen eingehalten werden und man zu einem gerechten und dauerhaften Frieden gelangt, haben die Vereinigten Staaten die Initiative ergriffen, den Präsidenten von Ägypten dahinzubringen, die arabische Nation zu verraten, indem er sich nach Jerusalem begab und dann die beiden Abkommen von Camp David und den ägyptisch-israelischen Vertrag unterzeichnete.

Gewisse Kreise haben die Illusion genährt, daß in der Geschichte des Nahen Ostens eine neue Seite aufgeschlagen worden und der Friede nach jahrzehntelangen blutigen Kämpfen in dieser Region Wirklichkeit geworden sei. Diejenigen, die diese Illusion gehabt haben, haben offenbar folgende Tatsachen nicht berücksichtigt:

1. die aggressive Natur Israels, die sich aus seiner Doktrin der Expansion und Vorherrschaft ergibt;
2. die Tatsache, daß sich in dem Konflikt nicht Ägypten und Israel gegenüberstehen und dieser

nicht im Jahre 1967 begonnen hat, als Israel Territorien, die zu Ägypten und Syrien gehörten, sowie Westjordanien und den Gazastreifen besetzte, sondern in dem Augenblick, als die Palästinenser aus ihrem Heimatland verjagt wurden. Dadurch begann eine neue Ära von Kriegen, Aggressionsdrohungen, von Besetzungen und Vertreibung.

Vor 1967 waren weder der Sinai, noch der Golan besetzt, der Konflikt zwischen uns und Israel bestand jedoch bereits.

Kein arabischer Staat hat infolgedessen das Recht, allein über den Ausgang dieses Konflikts und über das Schicksal der Araber zu entscheiden.

3. Die Tatsache, daß der Friede auf Elementen beruht, die in erster Linie in Gerechtigkeit, Recht und einem globalen Charakter der Beilegung des Konflikts bestehen. In Ermangelung dieser Voraussetzungen, kann das, was beschlossen wurde, nur zu einem vorläufigen Waffenstillstand führen, nach dem der Konflikt wieder aufflammt, und den Sturz derjenigen beschleunigt, die die Illusion genährt haben, daß der Friede verwirklicht war. Manche haben in einer Hoffnung gelebt, die man als Friedensillusion bezeichnen kann. Sie haben die Wahrheiten und die historischen Fakten übersehen, gleich, ob es sich um die beiden Weltkriege, um die europäischen Kriege oder um sonstige regionale Konflikte handelt.

Herr Präsident, meine Herren!

Als der ägyptische Präsident die Reise des Verrats angetreten hat, haben wir die Bedeutung des Komplotts gegen den Frieden erkannt. Wir waren uns auch der schwerwiegenden Gefahren bewußt, die den Frieden und die Sicherheit bedrohten. Deshalb haben wir eine feste Haltung gegenüber dieser gefährlichen Wendung angenommen. Die arabische Nation hat sich mit ihrer Verurteilung gegen diesen Mangel an Linientreue und diesen Verrat des ägyptischen Präsidenten erhoben und ihn ausgestoßen und boykottiert.

Gleichzeitig hat sie die beiden Abkommen von Camp David und den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag aufs heftigste verurteilt und ihr völliges Festhalten an der Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens erneut bekräftigt.

Warum haben wir die beiden Abkommen von Camp David und den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag verworfen?

Erstens: die beiden Abkommen und der Vertrag stellen eine Verletzung der Entschliebungen der Vereinten Nationen dar, da die Entschliebung 338 die Einberufung einer Friedenskonferenz unter der Ägide der Vereinten Nationen und der Ko-Präsidenschaft der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorsah, an der die vom Konflikt betroffenen Parteien teilnehmen sollten. Worin stimmt das, was in Camp David vereinbart worden ist, mit den Bestimmungen dieser Entschliebung überein? Wo sind also Syrien, Jordanien, die PLO und der Libanon? Wo sind die Vereinten Nationen? Wo ist die Sowjetunion? Kann man das, was in Camp David geschehen ist, anders bezeichnen als einen Komplott zwischen den Unterzeichnern dieser Abkommen?

Zweitens: die beiden Abkommen und der Vertrag stellen eine separate Lösung zwischen Ägypten und Israel dar. Der Frieden aber muß, um dauerhaft zu sein, global sein und, um global zu sein, muß er gerecht und auf dem Recht begründet sein. Das Problem besteht daher darin, festzustellen, ob der Frieden zwischen Ägypten und Israel Frieden in die Region bringt. Niemand kann dies ohne weiteres behaupten. Der Beweis dafür ist, daß sich die Lage verschlimmert hat und komplizierter geworden ist. Die zweite Frage, die man sich stellen muß, ist die Frage, ob die ägyptische Regierung das Recht hat, sich mit Israel im Namen der Araber auf einen Nenner zu einigen, ohne ein Mandat hierfür zu haben. Hat Marschall Pétain, als er den Friedensvertrag mit den Nazis unterzeichnete, dem zweiten Weltkrieg ein Ende gesetzt? Konnte er den Frieden aus dem Krieg sprießen lassen? Ich glaube, niemand kann in einem Atemzug sagen, daß Sadat Recht hat und daß Pétain Unrecht hatte.

Drittens: der Vertrag hat die Vorherrschaft Israels über Ägypten verstärkt. Früher besetzte Israel nur einen Teil des ägyptischen Territoriums, nunmehr ist ganz Ägypten unter die Okkupation und Vorherrschaft von Israel geraten.

Viertens: was in Camp David geschehen ist, kommt augenscheinlich der Liquidation der Sache des palästinensischen Volkes und seiner Versprengung gleich. Es wird von einer Verwaltungsautonomie gesprochen, die für die Bewohner und nicht für das Territorium von Westjordanien und den Gazastreifen Anwendung findet. Sind das die Rechte des palästinensischen Volkes? Was bedeutet diese Autonomie? Sie ist nur eine provisorische Stufe in der Erwartung, daß die Umstände es erlauben, die Bewohner zur Emigration aus einem Territorium zu zwingen, das die Israelis als das ihre betrachten. Die israelische Regierung hat diese Interpretation bestätigt, da sie an ihrer Besiedlungspolitik in Westjordanien und in Gaza festhielt.

Schließlich eine letzte Frage: was wird bei all dem aus den Rechten des anderen Teils des palästinensischen Volkes, der aus seinem Land vertrieben wurde und im Exil lebt? Wie steht es mit seinem Recht auf Rückkehr und Selbstbestimmung? Wie kann man seine Rechte ignorieren, zumal wir heute feststellen, daß die Generation der Palästinenser, die im Exil geboren ist, sich ihrer Zugehörigkeit zur palästinensischen Nation noch viel mehr bewußt ist und ein stärkeres Gefühl der Notwendigkeit, in das Land ihrer Väter und Vorfahren zurückzukehren, empfindet?

Überdies, wer hat Sadat dazu ermächtigt, die Verträge im Namen der Palästinenser zu unterzeichnen?

Fünftens: die beiden Abkommen von Camp David und der Friedensvertrag haben die weltweiten Spannungen sogar bis ins Innere der Region getragen, während sie bis zu diesem Zeitpunkt auf seine Peripherie beschränkt waren. Wenn nämlich die Vereinten Staaten von Amerika allein als Partner in dieser Angelegenheit betrachtet und mit einbezogen werden, führt das unweigerlich dazu, daß die Präsenz einer der beiden Supermächte zwangsläufig die Anwesenheit der anderen nach sich zieht. Die Länder

der Region haben 30 Jahre lang gekämpft, um Vorherrschaft und ausländischen Einfluß zu beseitigen und dort die Blockfreiheit zu verankern, weil sie in ihrem Interesse und dem der Welt liegt. Dieser lange Kampf ist jedoch am amerikanischen Engagement gescheitert, das in dieser Region eine neue, für sie und für die Zukunft der Welt viel gefährlichere Etappe eingeleitet hat.

Sechstens: die Politik von Camp David hat die Lage in dieser Region viel schwieriger gemacht: vorher gab es einen arabisch-israelischen Konflikt und jetzt ist ein arabisch-ägyptischer Konflikt hinzugekommen.

Siebtens: diese Abkommen sind ein Schritt hin zu einer neuen Aggression gegen die arabische Nation. Wenn sie wirklich Friedensverträge wären, wie erklärt sich dann der Umfang der beträchtlichen Militärhilfe, die Israel gewährt wird? Vor allem, wenn man überlegt, daß der Abfall Ägyptens auf militärischer Ebene ein ernstes Ungleichgewicht zugunsten von Israel geschaffen hat.

Warum diese ganze Aufrüstung? Warum Waffen für Ägypten, wenn es dem Kriegszustand mit Israel ein Ende gesetzt hat und es diese Waffen mit Sicherheit nicht gegen Israel richten wird? Also gegen wen wird es sie einsetzen? Nur für die Militärparaden, die Sadat veranstaltet? Wenn dies der Fall ist, hat Ägypten, dessen Wirtschaft am Ende ist, andere Dinge nötig als Waffen, zumindest solange es nicht bereit ist, für seine Ehre und die der arabischen Nation zu kämpfen. In Wirklichkeit sind die Waffen, die man Sadat liefert, dazu bestimmt, neue Spannungsherde in der Region, auf dem afrikanischen Kontinent und in bestimmten islamischen Ländern zu schaffen.

Achtens: die ägyptische Regierung hat sich gegen den arabischen Willen gestellt. Sie hat alle arabischen Resolutionen verletzt; sie hat sich auf eine Politik der Abhängigkeit und der Bündnisse eingelassen. Nunmehr bildet sich eine echte Allianz zwischen Ägypten, Israel und den Vereinigten Staaten. Das stellt an sich eine schwerwiegende Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dar, wie auch für die Sicherheit und die Zukunft der Völker der Region.

Herr Präsident, meine Herren!

Man könnte uns fragen, wenn wir diese Verträge ablehnen, welche Alternative wir ins Auge fassen. Ich möchte mit einer Frage antworten: warum hat das französische Volk nicht die Alternative angenommen, die ihm der Marschall Pétain anbot? Warum haben die Völker Europas nicht die Alternative akzeptiert, die ihnen der Nationalsozialismus bot? Nämlich die Besetzung, die Aggression und die Einschüchterung. Und warum haben sie einen anderen Weg als den der Kapitulation vor dem Aggressor eingeschlagen? Besteht die Wahl darin, sich zwischen Besetzung und Aggression oder Zugeständnissen und Kapitulation gegenüber dem Aggressor entscheiden zu müssen.

Die Araber haben eine Alternative vorgelegt: es ist ein gerechter dauerhafter und globaler Frieden, der

auf den Entschließungen der Vereinten Nationen und in deren Rahmen beruht. Inwiefern begehen wir einen Fehler, wenn wir die Anwendung der Entschließungen der Vereinten Nationen verlangen? Inwiefern begehen wir einen Fehler, wenn wir verlangen, daß die Vereinten Nationen den für den Frieden geeigneten Rahmen bilden?

Inwiefern begehen wir einen Fehler, wenn wir die Rückgabe aller unserer besetzten Territorien verlangen, und wenn wir verlangen, daß der Tragödie des palästinensischen Volkes ein Ende gesetzt wird?

War es auch ein Fehler, das Ende der vom palästinensischen Volk durchlebten Tragödie zu verlangen, weil auch dieses im Gegensatz zur Politik Israels steht?

Wenn dem so wäre, hätten auch die Völker Europas einen Fehler begangen, indem sie gegen die Besetzung durch die Nazis kämpften und sich vereinigten, um deren Aggression die Stirn zu bieten.

Herr Präsident, meine Herren!

Wenn ich Ihnen diese Vorschläge im Namen der syrischen Regierung mache, bekräftige ich erneut den Willen der arabischen Länder, zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu gelangen. Ich wiederhole, daß die Länder, deren Repräsentanten Sie sind und die auf Grund der Bindungen, die zwischen ihnen und der arabischen Welt bestehen, von diesem Problem betroffen sind, eine positive und konstruktive Rolle zur Verwirklichung dieses gerechten, dauerhaften und globalen Friedens spielen können, und zwar, indem sie eine Haltung einnehmen, die echtes Verständnis für die schwerwiegenden Gefahren der aktuellen Lage im Nahen Osten mit den Auswirkungen, die sie auf die Sicherheit in der Welt und deren Zukunft haben können, zeigt. Die Fortsetzung der Aggression und Unterdrückung kann weder die Tür zum Frieden noch der Weg, der dahin führt, sein.

Ich danke Ihnen nochmals für diese Begegnung und hoffe, daß sie dazu beigetragen hat, die Beziehungen zwischen unseren Völkern zu ihrem Wohle und dem der Welt zu verstärken.

Auf die schriftliche Frage von Abg. Dr. Geßner, ob Syrien den Standpunkt der PLO teile, daß der Staat Israel zerstört werden müsse, antwortet der syrische Außenminister Khaddam, er habe nicht gehört, daß die PLO die Zerstörung Israels verlange, vielmehr fordere sie die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes. Das Problem sei nicht die Zerstörung Israels, sondern dessen auf die Besetzung und Zerstörung seiner Nachbarländer gerichtetes Handeln.

Die schriftliche Frage von Abg. Frau von Bothmer, ob andere Persönlichkeiten oder Organisationen außer der PLO als Vertreter der Palästinenser der besetzten Gebiete zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates sprechen könnten, verneinte Außenminister Khaddam.

Zur schriftlichen Frage von Abg. Marquardt, ob der Minister glaube, Friedensverhandlungen könnten ohne ein Treffen zwischen den Ministerpräsidenten Syriens und Israels in Gang gesetzt werden, ver-

weist Außenminister Khaddam auf seine vorangehenden Äußerungen, in denen er die relevanten UNO-Beschlüsse als Grundlage und die UNO als Rahmen für Verhandlungen kennzeichnete und zugleich die ägyptisch-israelischen Verhandlungen als für den Frieden nicht förderlich bezeichnete.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Nahen Osten Ansprache des jordanischen Außenministers M. Kasim

(Übersetzung)

Herr Präsident!

Es ist mir eine große Ehre, von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eingeladen zu sein, um die jordanischen Ansichten zum arabisch-israelischen Konflikt vor Ihrer hohen Versammlung darzulegen, die doch die einundzwanzig Demokratien Europas vertritt.

Es ermutigt uns zutiefst, daß die Versammlung eine Politik verfolgt, die auf eine friedliche Lösung globaler, regionaler und subregionaler Auseinandersetzungen ausgerichtet ist.

Jordanien nimmt im arabisch-israelischen Konflikt eine einzigartige Stellung ein. Geographisch steht Jordanien an der Vorderfront der arabischen Begegnung mit der israelischen Erfahrung. Wegen seiner Lage trug es die Hauptlast des Exodus des palästinensischen Volkes im Jahre 1948. Die Leiden und Qualen des palästinensischen Volkes wurden in erster Linie von Jordanien geteilt, da es sich nach dessen Zwangsvertreibung aus seinem Land unverzüglich darum bemühte, ihm jede nur mögliche Hilfe zukommen zu lassen und sich mit dem palästinensischen Westufer zu einer konstitutionellen und demokratischen Union zusammenzuschließen.

Historisch ist Jordanien mit dem arabischen Erbe und Streben eng verbunden. Schließlich war es Sherif Hussein von Mekka, der die arabische Revolte gegen das Osmanische Reich anführte und damit die Hoffnung verknüpfte, das arabische Volk zu vereinigen und vereinigte arabische Staaten zu schaffen. Seit 1948 hat das Gebiet viele „Friedensanstrengungen“ erlebt, denen es verwehrt blieb, Stabilität in diesen Raum zu bringen. Von Graf Bernadotte bis Ralph Bunche, Hammerskjöld, U Thant, Jarring, Kissinger und jetzt Camp David konnten wir keine echte Hoffnung auf Frieden in diesem Teil der Welt erkennen. Ich glaube, daß internationale Drittparteien niemals mehr Versuche unternommen haben, einen Konflikt zu lösen, als im Nahen Osten.

Der Grund für das Scheitern der Friedensbemühungen in dieser unruhigen Gegend ist darin zu sehen, daß die Drittparteien, die diese Bemühungen fördern, nicht in der Lage sind, die Schlüsse in die Tat umzusetzen, zu denen sie aufgrund ihrer Nachforschungen kommen.

Seit 1967 sind Gebiete dreier arabischer Staaten bis zum heutigen Tag von den Israelis militärisch be-

setzt. Der arabische Teil Jerusalems, eines der heiligsten geistigen und kulturellen Vermächtnisse für über 1½ Milliarden Gläubige der drei Religionen, ist einseitig annektiert worden. Die Errichtung von Siedlungen auf den besetzten Gebieten des Westufers, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen nimmt täglich zu.

Vor einigen Jahren sagten die Israelis, sie hätten keine territorialen Ambitionen, sie wollten nur Frieden. Heute sieht die Welt jedoch, was Seine Majestät, König Hussein, bereits im Juni 1967 erkannte. In einer Ansprache vor der Vollversammlung erklärte er, Israel könne Land oder Frieden haben; es könne nicht beides haben. Israel macht jeden Tag deutlich, daß es das besetzte Land und die Anerkennung der Araber und Frieden haben will. Seit 1967 bemüht sich Jordanien um einen gerechten und dauerhaften Frieden und dies wird immer unser legitimes Ziel für unser Volk und das Gebiet sein.

Wir haben unaufhörlich für einen gerechten und dauerhaften Frieden gearbeitet und sind der Meinung, daß man die Prinzipien, nach denen eine umfassende Regelung erzielt werden kann, objektiv beurteilen muß.

Die folgenden Prinzipien erachtet Jordanien als wesentlich:

1. Eine umfassende Lösung, die die vielfältigen Dimensionen der palästinensischen Sache und des arabisch-israelischen Konflikts angeht, der dadurch entstanden ist. Sie muß die Wiederherstellung der palästinensischen Rechte über palästinensischen Boden sowie die arabischen Rechte in einer umfassenden Form und an allen Fronten und unter Mitwirkung aller Beteiligten gewährleisten.
2. Eine umfassende Regelung muß sich auf einen völligen Rückzug Israels aus allen im Jahre 1967 besetzten arabischen Gebieten stützen und dabei muß die arabische Souveränität über den besetzten arabischen Teil Jerusalems wiederhergestellt werden.
3. Das palästinensische Volk sollte seine Zukunft in völliger Freiheit bestimmen, um frei seine nationale Einheit aufbauen zu können.

Betrachtet man nun den jüngsten Versuch zur Lösung des Nah-Ost-Problems, also die Abkommen von Camp David, so sieht Jordanien darin keine Hoffnung, daß diese Formel zu einem Frieden führen würde, zu dem sich Jordanien verpflichtet fühlt und der die Stabilität und Sicherheit in diesem Gebiet gewährleistet.

Wir sind der Meinung, daß der Versuch aufgrund sehr erheblicher zwangsläufiger Überlegungen scheitern mußte. Die Abkommen enthalten keine klaren Bestimmungen für den totalen Rückzug aus den besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit einer gerechten Lösung.

Es gibt keine Bestimmung für die Wiederherstellung der palästinensischen Rechte, einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung.

Die einseitige Bereitschaft Ägyptens, einen separaten Friedensvertrag mit Israel einzugehen, bringt und wird uns einem echten Frieden nicht näher bringen, da kein solides Fundament vorhanden ist. Ägypten hat sich von der Hauptströmung der arabischen Wünsche nach einer echten und umfassenden Lösung isoliert und die Chance für einen dauerhaften Frieden geschwächt.

Europa, so hoffe ich zumindest, versteht, warum Jordanien und die 18 arabischen Staaten sich nicht zu einer Unterstützung der Abkommen von Camp David entschlossen haben. Die Abkommen von Camp David schufen keinerlei Voraussetzungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden, der Bestand haben und die Unterstützung der unmittelbar betroffenen Völker gewinnen könnte.

Herr Präsident!

Die arabische Welt erkannte, daß die Abkommen im wesentlichen die Voraussetzungen änderten, unter denen ein gerechter und dauerhafter Frieden erzielt werden könnte. Die Abkommen umgingen die wichtigsten Grundsätze für die Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und die allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts über die Unzulässigkeit der gewaltsamen territorialen Aneignung.

Die Abkommen sind, wenn auch verdeckt, unter der Bezeichnung „Verlagerung der Kräfte aus Sicherheitsgründen“, faktisch in die eigentlichen Ziele des Abkommens als Euphemismus für die offene militärische Besetzung eingebettet.

Aber wiederum sind 1,2 Millionen Palästinenser, die am Westufer und am Gaza-Streifen leben, weiterhin weit, weit weg vom Recht auf Selbstbestimmung, ganz zu schweigen von der großen Anzahl an vertriebenen Flüchtlingen und Menschen, die in Lagern verstreut in Jordanien, Syrien, im Libanon und anderswo leben und innerhalb einer umfassenden Regelung dieselben Rechte haben würden.

Der Autonomieplan bleibt für den arabischen Teil Jerusalems und seiner Vororte vage. Diese Unterlassung wird zu fortgesetzter Instabilität und endlosem Konflikt beitragen, in dem weit mehr als nur die arabische Welt zwangsläufig verwickelt sein würde. Jerusalem ist für die islamische Welt die erste Richtung, in die sich die Menschen zum Gebet wenden, und von der Al-Aksa-Moschee aus, so glauben die Moslems, fuhr der Prophet Mohammed in den Himmel auf.

Bei einem Blick auf die Landkarte des Westufers kann man leicht zu dem Schluß kommen, daß das Gebiet des Westufers mit der unrechtmäßigen einseitigen israelischen Annexion Jerusalems erheblich kleiner ist, da Jerusalem und seine Umgebung das größte städtische und kulturelle Ballungsgebiet ausmachen.

Deshalb impliziert das Beharren Israels auf der Annexion des arabischen Stadtteils die Perpetuierung seines Plans, sich territorial durch militärische Eroberung auszudehnen.

Trotz der Verhandlungen mit Ägypten, kann die Welt gegenwärtig Zeuge der Versuche Israels wer-

den, seinen Griff durch die ununterbrochene Errichtung israelischer Siedlungen zu festigen.

Herr Präsident!

Die Welt kann unseren seit 30 Jahren bestehenden Befürchtungen vor israelischen Expansionsplänen nur zustimmen. Denn die Welt erlebt jetzt mit uns, daß Israel sich einerseits am Westufer und im Gaza-Streifen verschanzt, während es andererseits über Frieden und die Normalisierung der Beziehungen mit Ägypten spricht.

Während der letzten zwei Jahre mußten die Hauptinitiatoren von Camp David angesichts des Verhaltens und der Erklärungen der israelischen Führung eine peinliche Lage hinnehmen. Begin erklärte am 20. März 1979 vor der Knesset, ich zitiere, „daß sich Israel niemals auf die Grenzen von 1967 zurückziehen wird“.

Dem ägyptischen Premierminister Mustafa Khalil erwiderte er auf die Jerusalem-Frage angesprochen: „Denken Sie an meine Worte, das Vereinigte Jerusalem ist die ewige Hauptstadt Israels“, und wir werden niemals einen palästinensischen Staat am Westufer und im Gaza-Streifen akzeptieren. Zur Selbstbestimmung der Palästinenser sagte er „wir haben niemals einer Autonomie für die Territorien, sondern für die Bewohner zugestimmt“.

Herr Präsident, die Araber mußten in den letzten 30 Jahren mit dieser israelischen Realität leben. Dies ist eine Realität, die sich von ihrer Interpretation im Westen unterscheidet. Der Westen sieht Israel von einer anderen Seite. Er sieht es als romantische und idealisierte Einheit, die in Wirklichkeit nicht existiert.

Wir hoffen, daß Europa sich um des Weltfriedens und der Sicherheit willen eine realistische Einstellung aneignet. Jordanien, Herr Präsident, sehnt sich nach Frieden, aber nach einem gerechten und dauerhaften Frieden. Dies verlangt von uns die Rückkehr zum richtigen Weg, der diese wesentlichen Voraussetzungen erfüllen muß:

1. Eine Verpflichtung zum völligen Rückzug der israelischen Militärstreitkräfte aus allen arabischen Gebieten, einschließlich des arabischen Teils Jerusalems.
2. Die Billigung der Notwendigkeit, auf die Palästinafrage eine gerechte Lösung zu finden, die das Recht auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk und die Herstellung seiner nationalen Einheit einschließt.
3. Die volle Mitwirkung aller Konfliktparteien, einschließlich der PLO, am umfassenden Friedensprozeß.

Das sind die Bestandteile für einen dauerhaften Frieden, der gerecht und umfassend sein muß; ohne ihn lebt das Gebiet weiterhin in Aufruhr und damit verringern sich die Chancen für eine weltweite Stabilität.

Herr Präsident!

Meine heutige Anwesenheit ist ein Zeichen der Bereitschaft, einen freien und konstruktiven Dialog

weiterzuführen. Ich hoffe, daß ein solcher Dialog deutlich zum Ausdruck bringt, daß Israel Frieden haben kann, nicht aber Hegemonie, Sicherheit, nicht aber Vorherrschaft, und daß Militarismus letztendlich selbstzerstörerisch ist.

Ein dauerhafter Frieden kann sich niemals auf die scharfe Kante des Bajonetts stützen, sondern muß auf gutem Willen, Freundschaft und freiwilliger gegenseitiger Achtung vor Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen.

Herr Präsident, bevor ich zum Schluß komme, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um hervorzuheben, daß die Neunte und Zehnte Arabische Gipfelkonferenz in Bagdad und Tunis die Verwirklichung eines gerechten Friedens nachdrücklich gefordert haben, und daß der Friedensprozeß innerhalb der Charta und des Rahmens der Vereinten Nationen auf die richtige Spur zurückgeführt werden sollte.

Ein dauerhafter Friede für die unruhige Region muß sich von Richtlinien leiten lassen, die einem Gerechtigkeitsgefühl, gesetzlich vorgeschriebenen Grundsätzen und einschlägigen UN-Entscheidungen entspringen, die dieser ewigen Waage der Gerechtigkeit eine konkrete Verankerung verliehen haben.

Abg. Dr. Mende stellte die schriftliche Frage, ob nicht die Gefahr bestehe, daß durch die Ablehnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages das hervorragende Bild des Königs von Jordanien ins Zwielficht geraten könne.

Der jordanische Außenminister Kasim antwortete, er teile diese Befürchtungen nicht. König Hussein werde nicht die unveränderten Prinzipien seiner Politik aufgeben und einen Lösungsversuch des Nahostproblems unterstützen, der nicht von langer Dauer sein werde.

Auf die schriftliche Frage von Abg. Frau von Bothmer; ob das Königreich Jordanien ein palästinensisches Recht auf einen nationalen Staat anerkenne, antwortete Außenminister Kasim, das palästinensische Volk habe bisher noch nicht das Recht der Selbstbestimmung ausüben können. Erst wenn dies der Fall sei, könne es über die Form seiner staatlichen Entwicklung entscheiden, die Jordanien anerkennen werde.

Abg. Dr. Geßner stellt die schriftliche Frage, wie die jordanischen Versicherungen, Frieden mit Israel anzustreben, zu verstehen seien, nachdem Jordanien mit der PLO, die die Zerstörung Israels zu ihrem Ziel erkläre, ein Bündnis geschlossen habe. Zu seiner Antwort räumt Außenminister Kasim ein, daß die PLO wie andere junge Organisationen Fehler begangen habe, die sie jedoch korrigiere. Nach einer Phase der Schwierigkeiten mit der PLO habe Jordanien jetzt eine Ebene vollen Verständnisses mit ihr erreicht und unterstütze ihren Anspruch auf die Grundrechte. Was die Anerkennung des Staates Israel durch die PLO angehe, so sei daran zu erinnern, daß die UN-Resolution, die das Recht eines israelischen Staates begründete, ebenfalls das Recht auf einen palästinensischen Staat ausspreche.

Dr. Geßner (SPD): Zunächst herzlichen Dank für die Antwort, Herr Minister. Ich möchte Sie folgendes

fragen: Wenn ich es richtig weiß, dann sind 50 % der Einwohner Jordaniens Palästinenser. Nimmt man die Flüchtlinge dazu, sind es gar 70 %. Dies veranlaßt mich, Sie zu fragen, warum angesichts dieser Tatsache Jordanien nicht die Heimat der Palästinenser werden könnte. Ich frage Sie auch deswegen, weil wir heute morgen vom syrischen Außenminister gehört haben, daß die arabischen Staaten eine große gemeinsame Nation seien.

Außenminister Kasim erwidert, Recht könne nicht aus einer Verdoppelung des Unrechts erwachsen. Das Unrecht der Vertreibung der Palästinenser begründe deren Recht auf Rückkehr bzw. auf Entschädigung, falls sie diese Lösung im Einzelfall akzeptieren wollten.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Minister, Sie sind vorhin schon kurz darauf eingegangen, daß die PLO der Verhandlungspartner ist. Nun wird bei uns immer wieder gesagt, daß es in den besetzten Gebieten doch wahrscheinlich Palästinenser gebe, mit denen man statt mit PLO-Vertretern verhandeln könne. Was halten Sie von der Möglichkeit, diese gewählten Vertreter der palästinensischen Städte usw. als Verhandlungspartner in der Frage der Autonomie gelten zu lassen?

Außenminister Kasim antwortet, die Palästinenser der Westbank hätten bei zahlreichen Anlässen ihre Haltung in dieser Frage klargemacht, d. h. es bestehe völlige Solidarität mit der PLO, die im übrigen selbst besser in der Lage sei, ihre Politik für den Frieden im Nahen Osten dieser Versammlung zu erläutern.

Tagesordnungspunkt:

Die Sicherheit und die wirtschaftlichen Aspekte des Schnellen Brüters im öffentlichen parlamentarischen Hearing, Brüssel, 18. – 19. Dezember 1979

(Drucksache 4473)

Berichtersteller: Abg. Lenzer

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Forschung und Technologie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats hat die Fragen der Energieversorgung zu einem der Schwerpunkte der Ausschubarbeit gemacht. Nachdem wir uns im November des Jahres 1977 in diesem Raum mit Fragen der Energie und der Umwelt beschäftigt haben, fand dieses Kolloquium in Brüssel am 18. und 19. Dezember 1979 statt. Als Ergebnis dieses Kolloquiums legen wir heute einen Bericht mit einem Resolutionsentwurf und einer Empfehlung vor. Der Resolutionsentwurf möchte, daß die Schnellbrüterooption weiter verfolgt wird, da die Technik verfügbar bleiben soll. Er räumt der Sicherheit der Bevölkerung Priorität ein.

In der angefügten Empfehlung wird als besonders wichtig herausgestellt, daß in den Bildungsprogrammen insbesondere im tertiären Bereich in der Er-

wachsenenbildung der Schutz der Bevölkerung vor ionisierenden Strahlen besonders berücksichtigt wird.

Ich möchte die einzelnen Passagen des Empfehlungs-entwurfs nicht gesondert begründen, sondern möchte einige generelle Ausführungen zu der Thematik machen.

Erste Frage: **Was ist ein Schneller Brüter?** Ein Schneller Brüter ist ein fortschrittlicher Kernspaltungsreaktor zur Stromerzeugung. Sein besonderer Vorteil besteht darin, daß er das Uran mit Hilfe des Brutprozesses um ein Vielfaches besser ausnutzen kann als alle anderen Kernspaltungsreaktoren. Er stellt damit die einzige vorhandene Technik dar, die eine praktisch unerschöpfliche Energiequelle erschließt. Die Kernspaltung erfolgt dabei im Interesse des sogenannten Bruteffekts praktisch ausschließlich mit schnellen Neutronen. Im Gegensatz dazu arbeiten die heute eingesetzten Leichtwasserreaktoren mit thermischen Neutronen, abgebremsten Neutronen.

Da die Neutronen möglichst wenig abgebremst werden sollen, scheidet Wasser, das herkömmliche Kühlmittel, in diesem Falle aus. In Frage kommen Gas, Wasserdampf oder flüssiges Metall. Alle Länder, die Schnelle Brüter entwickeln, haben sich aus den verschiedensten Gründen für das Flüssigmetall Natrium als Kühlmittel entschieden.

Der einzige in der Natur vorkommende Spaltstoff ist das Uran-235, das aber nur zu 0,7 % im Natururan vorhanden ist. Die übrigen 99,3 % des nicht-spaltbaren Isotops Uran-238 können hier nur im Schnellen Brüter benutzt werden. Werden Neutronen vom Uran-238 eingefangen, so entsteht daraus der Spaltstoff Plutonium. Auch in anderen Reaktoren – das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen – z. B. im Leichtwasserreaktor, finden solche Umwandlungen statt, wird also auch Plutonium erzeugt. Dies ist ein Vorgang, der nicht allein speziell dem Brüter zugeschrieben werden kann.

Fazit: Nur der Brüter macht das nicht spaltbare Uran in großem Maße nutzbar, weil er quasi aus Abfallprodukten Brennstoff erzeugen kann.

Lassen Sie mich ein Wort zur Bedeutung der Brutrate sagen. Erzeugt ein Reaktor weniger neuen Spaltstoff, als er verbraucht, so schmilzt der Bestand an Spaltstoff immer mehr zusammen und ist schließlich aufgebraucht. Von dem nicht spaltbaren Uran ist nur ein sehr kleiner Teil zur Energieerzeugung genutzt worden. Das meiste bleibt als Abfall zurück. Es muß also neuer Spaltstoff zugeführt werden. Auf diese Weise nutzt der Leichtwasserreaktor heutiger Auslegung nur etwa 1 % des gesamten Energieinhalts des Urans. Beim Hochtemperaturreaktor wird mit etwa 1,5 % gerechnet.

Auch hier eine Zwischenbilanz: Der Brüter nutzt also das Uran 60fach besser aus als heutige Reaktoren. Sein Brutvermögen ist nachgewiesen. Thermische Reaktoren benötigen selbst bei hoher Konversion ständig Zufuhr des in der Natur nur begrenzt vorhandenen Spaltstoffs Uran-235. Demgegenüber ist der Brüter quasi unabhängig.

Lassen Sie mich nun einige Worte zur **energiepolitischen Notwendigkeit** des Brüters sagen, wie sie auch in diesem Kolloquium wieder besonders herausgestellt wurde. Die technisch-ökonomisch gewinnbaren Weltvorräte an Erdöl und Erdgas reichen nur noch für wenige Jahrzehnte, wie wir wissen. Der Weltenergiebedarf steigt aber weiter an, denn die Weltbevölkerung nimmt zu. Die noch nicht industrialisierten Länder haben einen großen Nachholbedarf im Pro-Kopf-Verbrauch, um menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

Um die Energieversorgung zu sichern und dabei von den zu erwartenden Verteilungskämpfen auf dem Weltenergiemarkt möglichst wenig betroffen zu werden, sind vor allem Westeuropa und Japan auch bei verstärkter Nutzung der Kohle auf den Einsatz der Kernenergie angewiesen. Der Energieinhalt der kostengünstig gewinnbaren Welturanvorräte entspricht bei Nutzung in Leichtwasserreaktoren denen der Weltölvorräte. Die Kernenergie stellt damit zwar eine bedeutende Energiequelle dar, sie ist aber, wie wir sehen, dennoch nicht unerschöpflich. Der Schnelle Brüter kann dagegen die Energieausbeute der Welturanvorräte so erweitern, daß damit über den Leichtwasserreaktor der heutigen Art hinaus der Strombedarf für Jahrhunderte gedeckt werden kann.

Für sehr lange Zeiträume kann in Brütern das Abfalluran aus dem vorausgegangenen Betrieb von Leichtwasserreaktoren genutzt werden. Es muß nicht mehr bergmännisch gewonnen werden, sondern steht in aufbereiteter Form zur Verfügung. Der Energieinhalt der relativ geringen Uranvorkommen z. B. meines Landes, der Bundesrepublik Deutschland, wäre bei der Nutzung im Brüter größer als der der gesamten deutschen Steinkohlenreserven unseres einzigen nennenswerten Rohstoffs. Vielen anderen Ländern geht es auch so.

Das beim Betrieb von Leichtwasserreaktoren zwangsläufig entstehende Plutonium wird zur Spaltstoffausstattung der Brüter optimal genutzt. Da alle Ausgangsstoffe Abfalluran oder Natururan und auch Plutonium im Inland ausreichend verfügbar gemacht werden können, führt der Brüter zu einer großen Importunabhängigkeit. Er stellt also geradezu eine heimische Energiequelle dar.

Wegen der Vervielfachung der Energieausbeute werden mehr Länder zu Uranexportländern, so daß die Bezugsmöglichkeiten verbessert werden können. Darüber hinaus stabilisiert die Existenz von Schnellen Brütern das internationale Uranpreinsniveau und trägt somit zur Stabilisierung auch des gesamten Energiepreinsniveaus bei.

Nur durch einen breiten Einsatz von Brütern zur Stromerzeugung kann der Uranmarkt so entlastet werden, daß genügend Uran zur Verfügung steht, um Kernenergie auch in anderen Bereichen der Energiewirtschaft einzusetzen. Ich denke hier besonders an den Einsatz der nuklearen Prozeßwärme zur Vergasung und zur Verflüssigung von Kohle.

Außer Uran kann im übrigen in Brütern auch Thorium als Brutstoff eingesetzt werden, das ebenfalls in der Natur sehr stark verbreitet ist.

Vom **Energiepotential** her ist der Schnelle Brüter nur mit der Kernfusion oder der Sonnenenergie vergleichbar. Die Fusionsenergie ist noch in einem zu frühen Entwicklungsstadium, um sie in energiepolitische Entscheidungen einzubeziehen. Die Nutzung der Sonnenenergie wird zwar zur Erzeugung von Niedertemperaturwärme eine gewisse Rolle spielen, aber von einer Nutzung für die Stromerzeugung ist sie unter Kostengesichtspunkten noch weit entfernt. Vielleicht wird sie hier niemals wirtschaftlich werden.

Der Schnelle Brüter kann die Energieversorgung also langfristig sichern. Er macht die Kernenergie zur größten heimischen Energiequelle. Und wir müssen sagen: Eine alternative Technologie mit vergleichbarem Energiepotential steht zur Zeit nicht zur Verfügung.

Nun ein Wort zu dem Kapitel, das uns ebenfalls auf diesem Kolloquium sehr stark beschäftigt hat; ich meine die **Sicherheit** von Brütern. Schnelle natriumgekühlte Brüter können ebenso sicher gebaut und betrieben werden wie andere Reaktortypen. Allen diesen Reaktortypen ist gemeinsam, daß die inhärenten physikalischen Eigenschaften der Reaktoren durch sicherheitstechnische Einrichtungen und Auslegungsmaßnahmen ausgeglichen bzw. ergänzt werden müssen, um den erforderlichen Schutz der Umgebung sicherzustellen. Jeder Reaktor wird so ausgelegt, daß bei Normalbetrieb und bei Störfällen eine Freisetzung unzulässiger Mengen radioaktiver Substanzen in die Umwelt ausgeschlossen ist. Dies gilt ebenfalls für den Schnellen Brüter.

Ein Wort zum **Natrium** als Kühlmittel. Das als Kühlmittel verwendete Natrium hat hervorragende wärmetechnische Eigenschaften. Es ist bei Normaldruck und den hohen Betriebstemperaturen flüssig und weit vom Verdampfungspunkt von zirka 900° C entfernt. Deshalb muß das Kühlsystem nicht unter hohen Druck gesetzt werden. Der niedrige Systemdruck von maximal 10 Atmosphären ist lediglich für den Kühlmittelumlauf beim Leistungsbetrieb erforderlich. Risse im Primärkreislauf führen deshalb zu keinem schlagartigen Entweichen des Natriums; ausfließendes Natrium könnte in entsprechenden Behältern aufgefangen werden, so daß auch im hypothetischen Falle – ich betone: im hypothetischen Falle – eines großen Lecks der Kernreaktor immer unter Natriumkühlung steht.

Der hohe Siedepunkt von Natrium erlaubt so hohe Betriebstemperaturen, daß der Schnelle Brüter denselben Wirkungsgrad erreicht wie moderne fossil gefeuerte Kraftwerke.

Diesen unbestreitbaren Vorteilen des Natriums, die die Sicherheit erhöhen, stehen natürlich Nachteile gegenüber, zu deren Kompensation besondere technische Maßnahmen erforderlich sind. Hierbei handelt es sich um die chemischen Eigenschaften des Flüssigmetalls. Natrium brennt an Luft und reagiert heftig mit Wasser unter Bildung von Wasserstoff. Deshalb werden alle Räume mit Anlagenteilen, die radioaktives Primärnatrium führen, unter Stickstoffatmosphäre gehalten, so daß das austretende Natrium nicht brennen kann. Außerdem wird das radioaktive Primärnatrium durch einen nichtradioaktiven Na-

triumzwischenkreislauf vom Dampfkreislauf der Turbine noch einmal getrennt, so daß bei eventuellen Dampferzeugerleckagen immer nur nichtradioaktives Natrium mit Wasser reagieren kann. Infolge dieser Maßnahmen führen die genannten chemischen Eigenschaften des Natriums nicht gleichzeitig auch zu einem nuklearen Risiko.

Ich darf zusammenfassen. Natrium ist ein hervorragendes Kühlmittel und ist deshalb auch sicherheitstechnisch vorteilhaft.

Ein Wort zu der **Kernspaltung mit Schnellen Neutronen**. Beim Schnellen Brüter erfolgt genau wie bei allen anderen Reaktortypen die Steuerung der Kettenreaktion mit Hilfe desjenigen Anteils der bei der Kernspaltung entstehenden Neutronen, der verzögert freigesetzt wird. Außerdem weist er eine Selbststabilisierung der Leistung auf, und zwar durch die automatische Leistungsverminderung bei Anstieg der Brennstofftemperatur. Diese Eigenschaft ist durch ein Experiment in dem sogenannten SEFOR-Reaktor, ein gemeinsames deutsch-amerikanisches Experiment, nachgewiesen worden, und zwar im praktischen Betrieb. Da der Reaktorkern des Schnellen Brüters in seinem zeitlichen Verhalten, d. h. in seiner Trägheit, mit dem Leichtwasserreaktor vergleichbar ist, sind auch die Anforderungen an die Regel- und Energieabschaltungsgeschwindigkeit vergleichbar mit den Vorrichtungen eines Leichtwasserreaktors.

In den USA, in Frankreich, in England und in der UdSSR sind seit vielen Jahren Versuchs- und Prototypreaktoren von Schnellen Brütern in Betrieb bzw. waren viele Jahre lang in Betrieb. Zwar gab es bei dem Betrieb dieser Reaktoren eine Reihe von Störfällen wie bei allen anderen Reaktoren im übrigen auch, sie hatten aber keine Auswirkungen auf die Umgebung, und auch in den Anlagen kam niemand zu Schaden. Die Analyse dieser Störfälle führte vielfach zu Systemverbesserungen. Die in vielen Jahren gesammelten praktischen Erfahrungen geben die Gewißheit, daß Schnelle Brüter sicher zu betreiben sind.

Gestatten Sie mir auch noch ein Wort zu den **Umweltauswirkungen** und zu der sogenannten **Plutoniumproblematik**. Der hohe Sicherheitsstandard der Kerntechnik, eine speziell entwickelte Plutonium-Handhabungstechnik und die besonderen Überwachungsmaßnahmen gewährleisten den sicheren Umgang mit Plutonium. Rund 30 000 Menschen aller Berufe und Vorbildungen haben bisher mit Plutonium, zum Teil im Tonnenmaßstab, hantiert, ohne daß ein einziger Fall einer Gesundheitsschädigung nachgewiesen worden wäre.

Wegen der Langlebigkeit des Plutoniums besteht die sicherste Form seiner Beseitigung darin, das Plutonium in Reaktoren zurückzuführen, in denen es unter Energieerzeugung „verbrannt“ wird.

Zu der behaupteten Gefahr des Mißbrauchs von Plutonium aus Schnellen Brütern für terroristische oder militärische Zwecke möchte ich das folgende sagen. Für Staaten, die Plutoniumwaffen entwickeln wollen, gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich das erforderliche Plutonium zu beschaffen, da alle Reaktoren, die mit Uran betrieben werden, Plutonium

erzeugen. Dies ist also nicht brüterspezifisch. Hierzu bedarf es keiner Leistungsreaktoren und wirtschaftlich arbeitender Wiederaufarbeitungsanlagen. Ich möchte feststellen, daß bisher kein Staat Kernwaffen mit Plutonium aus einem kommerziellen Leistungsreaktor gebaut hat. Bereits heute sind zirka 50 Staaten technisch in der Lage, Plutoniumkernwaffen zu bauen. Die Proliferationsfrage ist also in erster Linie nicht ein brüterspezifisches technisches Problem, sondern ein politisches Problem, das auch mit den Mitteln der Politik gelöst werden muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf zum Abschluß zusammenfassen und darf bitten, bei der Diskussion über den Einsatz der Schnellen Brüter nicht die gesamte nukleare Kontroverse auf dem Rücken dieser Technologie auszutragen. Der Schnelle Brüter ist anders als ein Leichtwasserreaktor, deren wir ja schon viele haben. Er hat spezifische Eigenschaften. Aber er hat ebenfalls – darin sind sich alle, die mit diesem Reaktor praktische Erfahrungen haben, einig – beherrschbare Eigenschaften. Ohne den Einsatz der Schnellen Brüter wird die friedliche Nutzung der Kernenergie lediglich eine auf einige Dekaden begrenzte Episode bleiben.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu unserem Entschließungsentwurf.

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Unterstützung durch den Vorsitzenden des Ausschusses, durch die Kollegen im Ausschuß und durch das Ausschußsekretariat.

Vohrer (FDP): Herr Vorsitzender! Verehrte Kollegen! Ich hatte als Vertreter des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung die Möglichkeit zur Teilnahme an dem Hearing in Brüssel, und ich möchte vorweg einige kritische Bemerkungen zur Organisation dieses Hearings machen. Es ist so, daß hier auf der einen Seite recht zahlreich eine internationale Atomlobby auftritt, die von Konferenz zu Konferenz reist, die sich persönlich gut kennt, die im Vortrag ihrer Probleme sehr versiert und die gut aufeinander eingespielt ist. Auf der anderen Seite gibt es ein kleines Häufchen von Idealisten, die schon allein große Schwierigkeiten haben, die Reise zu einem solchen Hearing zu bezahlen. Sie sind zahlenmäßig in der Minderheit und oftmals nicht in der Lage, die qualifizierten Leute und Gutachter heranzuziehen, die sie auf so einem Symposium eigentlich gern würden präsentieren wollen.

Insofern möchte ich den Absatz 5 in dem Bericht des Herrn Lenzner hier etwas kritisch unter die Lupe nehmen. Wenn ein solches Hearing zur Entscheidungsfindung der Parlamentarier beitragen soll, müssen beide wissenschaftliche Seiten gleichgewichtiger vertreten sein. Sonst kommt in einem solchen Symposium die Atmosphäre der Polarisierung auf, noch dazu ungleichgewichtig, und die Entscheidungsfindung der Parlamentarier wird nicht erleichtert.

Weiter möchte ich eine Bemerkung zu der Frage machen, inwieweit der Schnelle Brüter zur **Minderung der aktuellen Energieknappheit** beitragen kann. Wenn ich hier höre, daß die Effizienz der Rohstoffverwertung, also der Verwertung des Urans, durch den Einsatz Schneller Brüter auf das 50-, 60-

oder, wie mein Kollege Ferretti hier eben sagte, 70fache gesteigert wird, so klingt dies faszinierend, und viele meinen, damit wäre für die nächsten Jahre die Energiesituation in Europa oder in der Welt gelöst. Man sollte hier – ich kenne nur den Fahrplan für die Bundesrepublik Deutschland – auch einmal den zeitlichen Aspekt deutlicher machen. Wenn ich richtig informiert bin, können wir damit rechnen, daß der erste Forschungsreaktor in der Bundesrepublik Mitte der 80er Jahre in Betrieb geht, daß man mit ihm zehn Jahre lang Erfahrungen sammeln wird, um dann, auf diesen Erfahrungen aufbauend, den ersten kommerziellen Reaktor zu bauen. Das bedeutet, daß man **frühestens** um die **Jahrtausendwende**, frühestens um das Jahr 2000 vom Schnellen Brüter einen wirklichen Beitrag zur Stromversorgung, zur Energieversorgung erwarten könnte.

Dies alles sollte uns deutlich machen, daß wir uns 20 Jahre lang mit Priorität auf das Energiesparen, die rationelle Energieverwendung konzentrieren müssen, bevor wir den spektakulären Erfolg der Energie aus Schnellen Brütern erwarten können.

Ich habe auch einige Zweifel an der **Versorgungssicherheit**, die wir von Schnellen Brütern erwarten können. Angesichts der limitierten Redezeit kann ich dies hier nur stichwortartig sagen. Wenn wir irgendwo in der Welt einen Reaktorunfall im nuklearen Bereich erleben werden, wird das Betreiben aller Kernkraftwerke – ob Leichtwasserreaktoren, ob Schnelle Brüter – weltweit problematisch. Gegenüber von meinem Wahlkreis befindet sich auf der französischen Seite ein Kernkraftwerk, und ich habe die Hysterie nach dem Unfall in Harrisburg erlebt. Wenn es, was uns erspart bleiben möge, wirklich zu einem schweren Unfall kommt, dann wird die Bevölkerung wegen jedes Reaktors eine Hysterie befallen, und die Versorgungssicherheit wird gefährdet.

Ich sehe eine weitere Problematik, die nicht ausreichend diskutiert ist und deren Erörterung bei dem Symposium zu kurz kam. Ich meine die Frage, wie bei exponentiellem Energiewachstum die **Abwärme**, die unsere Atmosphäre aufheizt, vernünftig beseitigt werden kann, wie hier die Abwärmefrage vernünftig gelöst werden kann. Ich habe bei dem Hearing vermißt, daß man sich im Bereich der nuklearen Energieproduktion, hier im besonderen auch für den Schnellen Brüter, klar zu europäischen Sicherheitsstandards bekennt, und ich habe das Gefühl, daß nicht alle Nationen der **Entsorgung**, also der letzten Beseitigung der Abfälle von Kernkraftwerken die gleiche Aufmerksamkeit schenken und die Entsorgung mit der gleichen Intensität betreiben. Es wäre sehr sinnvoll, wenn man sich innerhalb Europas mit gleicher Energie an der Lösung auch dieses Problems beteiligte.

Mit diesen wenigen Bemerkungen möchte ich deutlich machen, daß ein solches Hearing zukünftig ausgewogener gestaltet werden sollte. Die Sorgen derer, die gegenüber nuklearer Energieproduktion kritisch eingestellt sind, sollten stärker in die Diskussion einbezogen werden. Dann gelingt die Entscheidungshilfe für Parlamentarier hoffentlich besser, als dies in Brüssel der Fall war.

Flämig (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich dem Dank an den Herrn Berichterstatter für seinen Bericht anschließen. Gleichzeitig möchte ich aber auch denen Dank sagen, die dieses Hearing organisiert und durchgeführt haben. Denn bei aller Kritik, die hier geäußert worden ist, muß man doch feststellen, daß das Hearing für uns nützlich war. Die Fragen, die wir oder andere Leute dort gestellt haben, sind nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet worden. Natürlich müssen wir uns darüber im klaren sein, daß ein solches Hearing – knapp zwei Tage pro und contra – nicht zu einer so weitgehenden Klärung führen kann wie beispielsweise das Windscale-Hearing in England, wo man Befürworter und Gegner der Kernenergie – in diesem Fall ging es um die Wiederaufarbeitung – ein ganzes Jahr lang angehört hat und dann nach reiflicher Überlegung ein Urteil fällen konnte. Das werden wir als Parlamentarier nie hinbekommen. Dazu fehlt uns die Zeit, dazu fehlt uns die Sachkenntnis. Trotzdem kann uns niemand von der Aufgabe entbinden, politische Beschlüsse in dieser Richtung zu fassen.

Vielleicht ist die Tatsache, daß man in England bei dem Windscale-Hearing so sorgfältig verfahren ist, mit ein Grund dafür, daß man in Großbritannien wesentlich weniger Akzeptanzprobleme hat als beispielsweise in der Bundesrepublik oder in den Niederlanden oder in Dänemark. Es war, wie ich eben sagte, ein anderes Hearing, es war ein Wiederaufarbeitungs-Hearing. Aber – und das ist mein erster Kernsatz – **ohne Wiederaufarbeitung wird es keinen Schnellen Brüter geben.**

Und nun zur Frage der **Sicherheit**. Für uns Politiker ergibt sich immer wieder eine große Schwierigkeit, wenn wir uns die Frage stellen: Wem kann man glauben? Die Fachleute widersprechen sich offensichtlich häufig, und wenn man sich durch den Haufen Papier durchliest, den wir alle doch auf unsere Schreibtische bekommen, steht man oft wie der berühmte Faust in der Osternacht da: man ist so klug als wie zuvor. Aber es erhebt sich eben die Frage: Wer darf denn überhaupt als Fachmann gelten? Ist zum Beispiel ein Ordinarius der theoretischen Kernphysik automatisch auch ein Spezialist in Fragen der Reaktorsicherheit? Ist – um ein anderes Beispiel zu nehmen – ein Biologe, der viel über Strahlenwirkung und Strahlenschäden weiß, auch in der Lage, wertbare Erkenntnisse über die Technik der Verhinderung von Gasblasen in flüssigem Natrium bei der Kühlung von Schnellen Reaktoren zu verbreiten? Ich erinnere daran, daß sich in der Bundesrepublik ein Professor, der sich als ein ganz großer Kernspezialist geriert und immer wieder auftritt, gewaltig blamierte, als er einmal in der Öffentlichkeit auf die Frage Antwort geben sollte, wie denn ein Schneller Brüter technisch funktioniere.

Leider ist die Zeit zu kurz. Sieben Minuten reichen nicht aus, dieses Thema eingehender zu behandeln. Aber ein Beispiel sei mir bitte gestattet, Herr Präsident. Aus Kreisen der Kernenergiegegner, aber auch aus Kreisen von Wissenschaftlern und Technikern, die der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, war uns

immer wieder gesagt worden, wie unbehaglich der Gedanke sei, in einem Schnellen Brüter Natrium-, Plutonium- und Wasserdampferzeuger in Nachbarschaft zu haben. Oder es wurde uns gesagt, der Kern eines Schnellen Brüters habe eine fünfmal so große Energiedichte wie ein Leichtwasserreaktor und könne deshalb leichter durchgehen. In diesem Punkt gab es im Hearing in Brüssel eine Überraschung, als die Praktiker zu Wort kamen. Der eine war von dem britischen Power Fast Reactor, der andere vom französischen Phénix, beides also Prototypen von etwa 250 bis 300 MW.

Beide hatten jahrelang an Schnellen Brütern experimentiert. Der Franzose verwies auf die Tatsache, daß Leichtwasserreaktoren mit Druckwasser oder Siedewasser arbeiten – Herr Lenzer hat es herausgestellt – und damit moderiert sind, wobei bis zu 150 Atmosphären Druck entsteht mit allen Gefahren, die so etwas mit sich bringen kann, während im Schnellen Brüter nur der Pumpendruck für das flüssige Natrium erforderlich sei.

Dann kam ein Satz, den ich mir aufgeschrieben habe: aus physikalischen Gründen verfüge der Schnelle Brüter über eine inhärente Sicherheit. So etwas hatte ich, der ich mich seit 18 Jahren mit dieser Frage befasse, bisher nur vom Hochtemperaturreaktor gehört. Sein britischer Kollege fügte auf die Frage nach der Sicherheit hinzu: Bei normalem Betrieb hat der Brüter keine Tendenz, instabil zu werden.

In summa hat also Brüssel eindeutig die Erkenntnis vermittelt, daß ein Schneller Brüter sicher zu betreiben ist und Störfälle beherrschbar sind.

Außerdem wurde klargestellt, daß der Schnelle Brüter kein völlig neuer Reaktortyp ist, daß in vielen Ländern in Ost und West seit Jahren Brüter getestet werden und daß bereits Brüter im kommerziellen Maßstab im Bau sind.

Ich möchte schließen, indem ich folgendes sage: Wenn es zutrifft, daß der Schnelle Brüter und die Kernenergie überhaupt für die Grundlastenergie elektrischer Energie neben der Braunkohle auf Jahrzehnte hinaus nicht vermeidbar sind, dann müssen wir auch zum Schnellen Brüter ja sagen, und dann müssen wir hoffen, daß es gelingt, ihn technisch sicher zu machen, ihn wirtschaftlich zu machen und damit den Betrag zu leisten, den dieser Reaktor für die Elektrizitätserzeugung zu leisten vermag.

Da meine Partei beschlossen hat, die Option Kernenergie offenzuhalten, kann ich mit gutem Gewissen diesem Entschließungsantrag zustimmen.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich am Ende dieser Debatte zunächst einmal sehr herzlich bei allen Kollegen bedanken, die hier Beiträge gebracht haben. Ich bedanke mich dabei – ich lege Wert auf diese Feststellung – sowohl bei denjenigen, die die Resolution unterstützen, als auch bei denjenigen, die Kritik geäußert haben. Ich glaube, an der Art der Debatte hat sich gezeigt, daß wir als Parlamentarier unseren Auftrag ernst nehmen, die Thematik gewissenhaft zu prüfen und dann zu einem Votum zu kommen.

Lassen Sie mich einige Punkte kurz beantworten, die hier im Laufe der Debatte angesprochen worden sind.

Zunächst einmal möchte ich wiederum erklären, daß die angesprochene **Plutoniumproblematik** keine brüterspezifische Problematik ist, sondern daß sie sich auf die friedliche Nutzung der Kernenergie insgesamt bezieht, denn auch in einem Leichtwasserreaktor der herkömmlichen Größe von 1300 Megawatt elektrischer Leistung entstehen im Jahr je nach Abbrand 250 bis 260 Kilogramm Plutonium.

Der nächste Punkt: Es ist nicht so, daß bei den Schnellen Brütern erst noch Erfahrungen gesammelt werden müßten, daß wir uns also in der Stunde Null befänden. Das ist nicht der Fall. Auch aus einer Aufzählung im Bericht geht hervor, welche Versuchsreaktoren bereits gebaut worden sind und welche **Betriebserfahrungen** vorliegen. Man kann deswegen nicht so tun, als ob überhaupt keine Erfahrungen vorlägen.

Ich habe auch – das möchte ich deutlich an die Adresse eines deutschen Kollegen sagen – im badi-schen Raum nichts von Hysterie gemerkt, was über die allgemeine Diskussion des Pro und Kontra der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Zusammenhang mit den sogenannten Haarrissen oder Unterplattierungsrisen im Kraftwerk **Fessenheim** hinausgeht, denn davon war die Rede, obwohl der Name des Kraftwerks nicht genannt wurde. Es handelt sich hier um Werkstoffprobleme, die ganz einfach überall dort auftreten, wo ein Schmiedestück durch eine schnelle Erkaltung einer großen Belastung ausgesetzt ist. Bei einer Dicke der Druckgefäßwandung von etwa zehn Zentimetern sagen aber alle Fachleute, daß die Haarrisse von etwa ein oder zwei Millimetern nicht sicherheitsrelevant seien und daß auch dafür Sorge getragen sei, daß sie genau beobachtet würden.

Das Problem der **Abwärme**, welches angesprochen wurde, ist sicherlich nicht allein ein Problem der Kernenergie. Es ist ein Problem aller thermischen Prozesse, weil uns einfach die Gesetze der Thermodynamik noch keine andere Lösung bieten. Dies gilt aber in gleicher Weise sowohl für die Kernenergie als auch für jedes mit fossilen Brennstoffen befeuerte Kraftwerk, für jedes Kohlekraftwerk, für jedes Ölkraftwerk.

Die Probleme der **Entsorgung** sind durchaus in Angriff genommen und teilweise sogar gelöst. Man kann die auf Grund einer schwierigen politischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland, in meinem Heimatland, aufgeworfenen Fragen nicht als symptomatisch für die Lösung der Entsorgung in allen anderen Ländern betrachten. Wir sind als Nichtkernwaffenland auch nicht in der Lage, entsprechende Erfahrungen im militärischen Bereich zu besitzen. Die langjährigen Erfahrungen etwa der Vereinigten Staaten oder Frankreichs oder auch Großbritanniens im militärischen Bereich geben Auskunft über genau dieselben Prozesse, wie sie für den zivilen Bereich einmal angewendet werden sollen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der Diskussion wird immer wieder der Eindruck erweckt,

als ob man Sparen als eine alternative Energiequelle ansehen könne. Dies ist nicht der Fall. Sparen, **Energiesparen**, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, es ist ein Zwang, unter dem wir stehen. Aber selbst wenn noch so viel gespart wird, muß man doch sagen, daß man nur sparen kann, was man hat, und daß man nicht Sparen quasi an die Stelle irgendeines anderen Primärenergieträgers setzen kann.

In einer Welt mit jetzt 4,4 Milliarden Menschen, die zu irgendeinem späteren Zeitpunkt nach Untersuchungen der Fachleute z. B. des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien vielleicht auf 8 Milliarden oder weit darüber hinaus anwachsen wird – wir bewegen uns noch weitgehend im Bereich der Spekulation –, geht auch im Energiebereich das so gängige Schlagwort „Small is beautiful“ nicht mehr. Damit lassen sich die Probleme nicht lösen.

Ein Wort zu den **alternativen Energiequellen**. Alle Fachleute sind sich einig, daß alternative Energiequellen, etwa die Sonnenenergie, die Windenergie, weiterentwickelt, weitererforscht werden müssen. Ebenso einig sind sich aber alle Experten darin, daß diese alternativen Energiequellen in den nächsten Dekaden – der Kollege Dr. Miller hat das auch noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht – nicht zur Verfügung stehen oder aber nur in einer Art und Weise zur Verfügung stehen, die es nicht gestattet, einen nennenswerten Beitrag zur Lösung unserer Energieprobleme zu leisten. Unsere Frage ist nicht, wie wir die Energieprobleme des Jahres 2030 oder 2050 lösen werden. Das ist für uns auch interessant, aber für uns als Politiker, die jetzt zum Handeln aufgerufen sind, ist die Frage bedeutsam: Wie überstehen wir das sogenannte **Nachölzeitalter**? Wie überstehen wir die nächsten 20 oder 30 Jahre? Wie sichern wir das Überleben der Menschheit in dieser Phase? Wie sparen wir Öl und treten in ein Zeitalter des massiven „Weg vom Öl“ ein?

Denn auch das ist deutlich geworden: Wir müssen das Öl in erster Linie den Ländern der Dritten Welt überlassen. Auf keinen Fall können wir, die hoch-industrialisierten Länder, das Öl verbrennen und es damit in Bereichen einsetzen, wo wir als hoch-industrialisierte Länder mit hohem technologischem Wissen längst Zuflucht zu anderen Energiequellen nehmen könnten; dies ist nun einmal in einer statistisch nennenswerten Größe nur die friedliche Nutzung der Kernenergie.

In der Diskussion wird viel gesprochen von dem Zusammenhang zwischen dem **Wachstum der Wirtschaft** und dem **Energieverbrauch**. Das ist die ganze Problematik, die sich hinter dem Stichwort „Entkoppelung“ verbirgt. Es ist richtig, daß sich das Wachstum des Energieverbrauchs und das Wachstum der Wirtschaft nicht mehr parallel bewegen, nicht mehr linear zueinander entwickeln. Die Tendenz wird sich sicherlich in der Zukunft fortsetzen. Wir werden auch mit weniger Energieverbrauch ein Wirtschaftswachstum darstellen können. Aber eines ist sicher: Auch dies bedeutet, in absoluten Mengen gesehen, Wachstum des Energieverbrauchs. Ein etwas freundlicherer Elastizitätskoeffizient – so nennt man das – im Verhältnis zwischen Wirtschafts-

wachstum und Wachstum des Energieverbrauchs nützt uns überhaupt nichts bei der Lösung unserer Probleme. Dies muß bedacht werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte mich nochmals bei allen bedanken, die an dem Kolloquium mitgewirkt haben, und bei allen, die heute in dieser Diskussion dazu beigetragen haben, daß hier auch einmal Skepsis laut wurde. Ich möchte nur herzlich bitten, daß wir uns gegenseitig den Respekt zollen, der nötig ist, um im Gespräch zu bleiben. Wir alle meinen es ernst, die Skeptiker und die Befürworter. Auch die Befürworter – das möchte ich sagen – sind durchaus skeptisch und kritisch. Wir wollen die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht deshalb vorantreiben, weil wir uns in einer Art Hurra-Bewegung über alle Zweifel, über alle Besorgnisse in der Bevölkerung hinwegsetzen könnten. Das ist gewiß bei uns nicht der Fall.

Wir wollen vielmehr – das ist meine persönliche Überzeugung –, daß auch die Technik mit ihrer Möglichkeit, dem Menschen eine Chance zum Überleben zu geben und seine Lebensbedingungen zu verbessern, nicht dämonisiert, nicht verteufelt wird, sondern daß auch mit einem gewissen Optimismus gerade auf Grund des technischen Fortschritts in die Zukunft geschaut werden kann. Denn ohne den technischen Fortschritt – der sicherlich nicht ohne Risiko ist – wäre es in der Vergangenheit nicht gelungen, zu einem derartigen Wohlstand in den Industriestaaten zu kommen, und wird es in Zukunft mit Gewißheit nicht gelingen, auch die Länder der Dritten Welt an diesem Wohlstand teilhaben zu lassen.

Ich weiß, daß man bei der Organisation eines solchen Kolloquiums niemals eine Lösung finden kann, die es allen hundertprozentig recht macht. Wir haben uns bemüht, auch die Skeptiker zu Wort kommen zu lassen. Aber wir alle müssen auf das Urteil von Experten dort vertrauen – und das tun wir in allen Lebensbereichen –, wo wir selbst nicht hinreichend kompetent sind, wo wir aber als Politiker trotzdem einer Entscheidung nicht aus dem Wege gehen können. Ich bedanke mich herzlich.

EntschlieÙung 720

betr. die Sicherheit und die wirtschaftlichen Aspekte des Schnellen Brüters

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Empfehlung 846 (1978) über Energie und Umwelt und ihre EntschlieÙung 711 (1979) in Beantwortung der Tätigkeitsberichte der OECD-Kernenergiebehörde für die Jahre 1977 und 1978;
2. bekräftigt ihre Überzeugung, daß der Lebensstandard, die Erhaltung der Sozialleistungen und die Stabilität der politischen Systeme in den Mitgliedstaaten von einer ausreichenden und sicheren Energieversorgung abhängen;
3. ist der Auffassung, daß Kernenergie in einer Anzahl von Mitgliedsländern zu einer wichtigen Quelle der Elektrizitätsversorgung geworden ist oder entwickelt wird und daß die Schnellen

Brüter in diesen Ländern allgemein als nächster logischer Schritt in der kommerziellen Nutzung der Nukleartechnologie angesehen werden;

4. begrüßt deshalb die Veranstaltung des Vierten öffentlichen parlamentarischen Hearings des Europarates (Brüssel, 18. – 19. Dezember 1979) über die Sicherheit und die wirtschaftlichen Aspekte des Schnellen Brüters, das entsprechend der EntschlieÙung 711 (1979) durchgeführt worden ist;
5. erinnert daran, daß das Ziel solcher Hearings darin besteht, Parlamentariern als Hilfe für den parlamentarischen Entscheidungsprozeß durch die organisierte Befragung von Vertretern und Sachverständigen der Regierung, Industrie, Wissenschaft und Technik aktuelle Informationen zu bieten;
6. ist ferner überzeugt, daß auf nationaler und internationaler Ebene weitere Bemühungen zur wirksamen Befriedigung der Informationsbedürfnisse von Parlamentariern ein zentraler Bestandteil von Strategien sein sollten, um das Verständnis der Öffentlichkeit für die schwierigen technologischen Alternativen zu verbessern, mit denen die Mitgliedsregierungen konfrontiert werden, und daß solche Strategien in keinem Bereich der Technologie wichtiger sind als im Bereich der Energietechnologien im allgemeinen und der zivilen Nukleartechnologie im besonderen;
7. verweist auf den Entwicklungsstand der Technologie des Schnellen Brüters in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Japan, im Vereinigten Königreich, in der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und die aktive Mitwirkung der Industrie und der Regierungen in Belgien, den Niederlanden und Italien am französischen und deutschen Programm;
8. ist sich bewußt, daß die Ausgaben für die Forschungs- und Technologieentwicklungsprogramme des Schnellen Brüters in den Vereinigten Staaten 1979 um etwa 25 % höher lagen als die entsprechenden Ausgaben in ganz Westeuropa;
9. weist darauf hin, daß auf dem Vierten parlamentarischen Hearing weitgehend die Meinung herrschte, daß Schnelle Brüter potentiell genauso sicher sind wie die 190 thermischen Kernreaktoren (300 weitere davon befinden sich im Bau), die jetzt in der ganzen Welt in Betrieb sind;
10. weist darauf hin, daß die Schnellen Brüter:
 - a) wegen ihrer Bezeichnung oft auf Mißverständnisse stoßen, wenngleich ihre Technologie im wesentlichen nicht neu ist;
 - b) aus einer bestimmten Menge natürlichen Urans mindestens 50- bis 60mal so viel Energie gewinnen können wie die derzeit sich im Betrieb befindlichen thermischen Kernreak-

- toren und damit einen Weg für die langfristige Unabhängigkeit des Energiebereichs von Uran- und anderen Energieeinführen schaffen;
- c) die Verwaltung und Regelung der Plutoniumlager erleichtern würden;
 - d) auf der Grundlage einer 25jährigen Erfahrung verwaltet würden, die die Nuklearindustrie im Bereich der Sicherheitsbedingungen für die Handhabung, den Transport und die Lagerung von Plutonium erzielt hat, das durch die Aufarbeitung von ausgebranntem Brennstoff gewonnen wird;
 - e) hochradioaktive Abfälle verursachen, die sich in Art und Umfang nicht erheblich von denjenigen unterscheiden, die durch den Betrieb der derzeitigen thermischen Reaktoren entstehen, und demzufolge für die gleichen Lagerungs- und Beseitigungstechniken geeignet sind;
 - f) im Vergleich zu der Verwendung von Hochdruckdampf oder -wasser in den derzeitigen thermischen Kernreaktoren eine Anzahl an interessanten Sicherheitseigenschaften bei der Verwendung von flüssigem Natrium als Kühlmittel bieten;
 - g) trotz ihrer hohen Kapital-, Wartungs-, Reparatur- und Brennstoffherstellungskosten voraussichtlich Elektrizität zu Preisen herstellen können, die mit den Preisen der derzeitigen Generation der thermischen Reaktoren vergleichbar sind;
11. verweist auf den in ihrer Entschließung 711 (1979) aufgeführten Grundsatz, wonach Entscheidungen über die Nutzung von Technologien des Schnellen Brüters in Europa bis zu den Beurteilungen der längerfristigen Rolle der Kernenergie im Lichte der Möglichkeit, die derzeit starke Koppelung zwischen der Höhe der Wirtschaftstätigkeit und des Energieverbrauchs zu durchbrechen, erst nach einer ausführlichen demokratischen Debatte getroffen werden sollten;
12. fordert die Regierungen der Mitgliedsländer, die gegenwärtig oder voraussichtlich an der Entwicklung der Technologie des Schnellen Brüters arbeiten, auf:
- a) vor dem Bau und im Hinblick auf den Standort von Nukleareinrichtungen, die zur Einführung und zum Einsatz der Schnellen Brüter beitragen könnten, für eine hinreichende Information der Öffentlichkeit sowie adäquate Konsultationen und Diskussionen mit zuständigen Gremien zu sorgen;
 - b) die Erhaltung und Schaffung sicherer und annehmbarer Arbeitsbedingungen für diejenigen zu gewährleisten, die mit dem Betrieb und der Verwaltung der verschiedenen Reaktortypen und damit zusammenhängenden Einrichtungen betraut sind;
 - c) die Forschung und Entwicklung und den internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch zu erweitern, und zwar im Hinblick auf:
 - den Entwurf von Reaktorsystemen im Lichte der Erfahrung, die aus der Analyse und Beurteilung des Unfalls von Harrisburg in bezug auf die Möglichkeit einer Folge von menschlichem Versagen gewonnen worden ist;
 - die technischen und Sicherheitsvorkehrungen für die Verwendung von flüssigem Natrium als Kühlmittel;
 - die Verwaltung des nuklearen Brennstoffkreislaufs unter besonderer Berücksichtigung einer sicheren und umweltfreundlichen Lagerung und Beseitigung von langlebigen radioaktiven Abfällen;
13. ist der Auffassung, daß es angesichts des derzeitigen Standes der Energietechnologien und der Gesamtlage der Energieversorgung der europäischen Länder und vorbehaltlich der im vorstehenden Absatz erwähnten angemessenen Maßnahmen durch die Regierungen und Nuklearbehörden im allgemeinen Interesse Europas ist, die Option einer Nutzung von Schnellen Brütern in den kommenden Jahrzehnten offenzulassen und daß die derzeitigen Programme für die Entwicklung der Technologie des Schnellen Brüters in Europa bis zur Stufe marktfähiger Modellanlagen fortgesetzt werden sollten.

Freitag, 1. Februar 1980

Tagesordnungspunkt:

**Datenverarbeitung
und der Schutz der Menschenrechte**

(Drucksachen 4472 und 4377)
Berichterstatter: Abg. Holst

Tagesordnungspunkt:

Die Menschenrechte in Lateinamerika

(Drucksache 4477)
Berichterstatter: Abg. Yanez-Barnuevo

Tagesordnungspunkt:

**Öffentlicher Zugang zu Sitzungen und
Dokumenten der Ausschüsse der Versammlung
(Art. 45 der Geschäftsordnung)**

(Drucksache 4457)
Berichterstatter: Abg. Frangos

Tagesordnungspunkt:

**Die Veröffentlichung von Reden, die aus
Zeitmangel nicht gehalten wurden
(Art. 22 der Geschäftsordnung)**

(Drucksache 4458)
Berichterstatter: Abg. Jessel

